

29 | November 1976

Offensiv links

FÖJ Bewegung für Sozialismus

- 7 Macht und Ohnmacht der Beamten
- 11 Drei Monate bedingt für Antifaschisten
- 19 Portugal: Konstanter Rechtskurs der PS
- 24 BRD: Aufrüstung gegen den inneren Feind
- 25 Italien: Notwendige Opfer?
- 30 Berufsverbot für Mathematiker

Atomkraftwerke: Kernlose Energiediskussion

"Ein Fiasko, ein enttäuschender Abend" (KURIER) – ein Fiasko für die Kernkraftwerkbefürworter, denen "die Argumente ausgingen" (PRESSE), ein Fiasko für die Regierung, die mitansehen mußte, daß ihr sorgsam ausgetüftelter Fragenkatalog (der den entscheidenden Fragen auswich und unsere Gesundheit an die letzte Stelle stellt) über den Haufen geworfen wurde.

Daß die Befürworter baden gingen, liegt nicht an dem "unsachlichen Verhalten" der Gegner im Saal, auch nicht an der "schlechten Vorbereitung der Wirtschaftsreferenten" (PRESSE), sondern an der Unhaltbarkeit ihrer Argumente. Diese laufen im allgemeinen auf folgendes hinaus:

1. Kernkraftwerke sind die einzige Möglichkeit, den Energieverbrauch zu steigern.
2. Wir müssen den Energieverbrauch steigern, weil wir nur so das Wirtschaftswachstum sichern können.
3. Wir müssen das Wirtschaftswachstum steigern, weil wir nur so Arbeitsplätze, Lebensqualität und Wohlstand sichern können.

Daher: "Wir" brauchen Atomkraftwerke.

Daß die geplanten Atomkraftwerke Gesundheit und Sicherheit der Volksmassen gefährden, interessiert uns in diesem Zusammenhang nicht.

Diese Argumentation kann in jedem Punkt widerlegt werden:

Erstens sind Atomkraftwerke nicht die einzige Möglichkeit, den Energieverbrauch zu steigern (siehe Broschüre der Initiative österreichischer Atomkraftwerksgegner). Sie sind nur dann die "einzige Möglichkeit", wenn man von "Rentabilitätskriterien" aus-

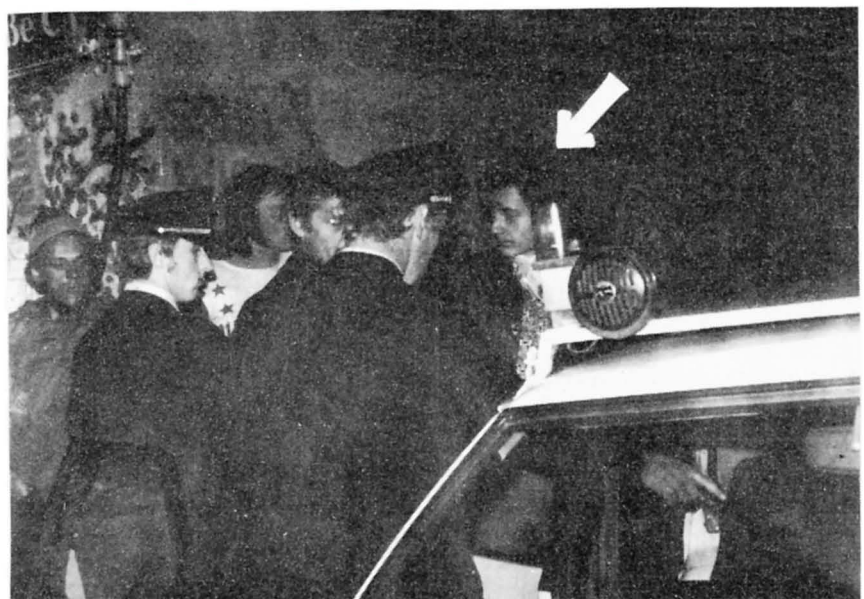
geht, die einzig von Profitinteressen einiger Konzerne bestimmt sind. Das Ziel der Produktion ist nämlich nicht, einen Gebrauchswert (Energie) zu schaffen, sondern das Kapital zu verwerten. Nach dieser Logik ist es "wirtschaftlich vernünftig", einen Kohlenbergbau zuzusperren,

Fortsetzung auf Seite 4



Arena-Nachlese:

Polizisten, NDPLer und andere Zufälle



Das ist der 5. festgenommene NDP-Schläger (Pfeil), dessen Identität nach wie vor unbekannt ist.

Artikel auf Seite 2



Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, ... man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt!

Karl Marx ★

offensiv links

offensiv, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst ändern.

links, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebtheit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen - bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgassen in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

offensiv links - solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

ERSCHEINUNGSORT WIEN
VERLAGSPOSTAMT 1040 WIEN

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: Bewegung für Sozialismus (föj). Für den Inhalt im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich: Alfred Prandl. Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10.

Redaktion: 1020 Wien, Franz Hochedlingergasse 6 (im Hof)
Telefon: 33 83 374

Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung des Autors wieder. Mit Initialen gezeichnete Artikel geben die Meinung der Redaktion wieder. Ungezeichnete Artikel sind Organisationsmeinung.

Einzelpreis: S 5,-
Abonnement: S 50,- (jährlich).

Kontonummer:
223-102-976, Länderbank Wien.

Fortsetzung von Seite 1

Polizisten, NDPler und andere Zufälle

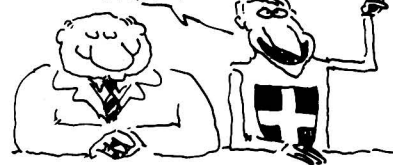
In der letzten Nummer von "offensiv links" haben wir versucht, ausführlich die Entwicklung der Arena-Bewegung und die Politik der Gemeinde in der Öffentlichkeit einzuschätzen. Der Kampf gegen die Arena wurde jedoch auf verschiedensten Ebenen geführt, die als Lehrbeispiele für weitere Aktionen erwähnt werden sollten.

Gemeinde: Dreckschleuder, Privatdetektive und gerichtliche Verfolgung

Auch in der ersten Zeit der Besetzung, als Frau Stadtrat Sandner die Arena in Interviews noch an ihre mütterliche Brust nahm, und erst recht im späteren Verlauf waren die Anstrengungen der Gemeindebürokratie gegen die Arena beträchtlich:

Schon in den ersten Wochen wurden Verwaltungsstrafverfahren gegen 30 Künstler, die in der Arena auftraten, eingeleitet. Sie haben ihren Zweck, Kulturschaffende von der Arena zu

Die Stadt Wien hat mit der Firma Schöps folgendes Übereinkommen getroffen: die Firma Böhm erklärt sich bereit das geplante Textilzentrum "Zentrum der Jugend Wiens" zu nennen



isolieren, kaum erreicht. Schon wirklicher waren die Kampagnen des SP-Nationalrats und Schöps-Geschäftsführers Heindl, der mit "Informationen" über Attentate auf Schöps-Filialen und ähnlichen Greuelmärchen die SP-Bezirksorganisationen mit seinem sauberen Kulturverständnis vertraut machte.

Nach dem Verkaufsbeschluss und dem Abschalten von Strom, Wasser und Telefon, das immerhin einige 100.000,- Schilling kostete, wurde

eine Privatdetektei eingeschaltet, die Arena-Besucher zwecks Besitzstörungsklage fotografierte. Sie forschte auch die Firmen aus, die Notstromaggregate an die Arena-Besetzer vermieteten, worauf diese von der gemeindeeigenen WIBAG informiert wurden, sie sollten die Mietverträge schleunigst stornieren, da sonst "für die Sicherheit der Geräte nicht garantiert werden kann."

Nach der Räumung des Geländes sagte die Gemeinde zu, für die nunmehr obdachlosen Arena-Bewohner Ersatzwohnungen bereitzustellen, was dann "vergessen" wurde.

Zu guter letzt wurde von offizieller Stelle bekannt, daß alle Verfahren wegen Steuerhinterziehung auf eine Person des Arena-Komitees konzentriert werden sollen.

Polizei: Provokation, NDP und ...?

Anfangs beschränkte sich die Polizei auf die Terrorisierung der Besucher. Nummerntafeln von abgestellten Autos wurden entfernt, Fahrzeugkontrollen mit bis zu zweistündiger (!) Dauer vor dem Gebäude durchgeführt. Doch das war ihnen zu wenig. In der Folge kam es zu einer Reihe "Zufällen", die mehr als merkwürdig erscheinen.

"Zufall" Nr. 1:

Am 2.9.1976 erhielt das Arena-Komitee bereits am Vormittag die Information, daß heute abend "was los sei". Als gegen 23 Uhr beim Arena-Wirt auf dessen Provokation hin prompt eine Schlägerei ausbrach, waren innerhalb einer viertel Stunde, die sonst nicht ganz so flinken Einsatzkommandos mit insgesamt 60 Stahlhelmmännern zur Stelle. Ebenso zufällig blieben die Beteiligten an der Schlägerei, obwohl der Polizei bekannt, auf freiem Fuß. Es waren mit wenigen Ausnahmen dieselben, die einige Zeit später mit je 500 Schilling im Sack die NDP bei ihren zwei

Überfällen auf die Arena "begleiten".

"Zufall" Nr. 2:

Es kam auf dem Arena-Gelände mindestens zehnmal zu offensichtlich organisierten Brandlegungen, die mit Ausnahme des Großbrandes im Simmeringer-Haus durch die Aufmerksamkeit der Besetzer rechtzeitig gelöscht werden konnten. Weil "keine Gefährdung vorlag" (Polizei) wurden auch die Brandleger nicht weiter bestraft.

"Zufall" Nr. 3:

Am 9.9.1976 und 10.9.1976 bekamen die Arena-Besetzer wieder die bekannten Anrufe, die recht zuverlässig "Zwischenfälle" ankündigten. Beim ersten Überfall der NDP gab es zwei Verletzte, beim zweiten ebenfalls, aber diesmal setzten sich die Besetzer zur Wehr und hielten fünf der Angreifer fest, die der Polizei übergeben wurden. Obwohl einer der Verhafteten, Manfred Luxbacher, ein polizeibekanntes NDP-Mitglied ist, der wegen eines Brandanschlages auf ein Polizeikommissariat noch zu sitzen hat, sprach der Polizeipresse-dienst von "Schlägerei unter Arena-Besetzern" und interessanterweise von nur drei Verhafteten. Zufällig gab es diesmal Fotos aller fünf verhafteten NDP-Leute bei ihrer Festnahme und diese wurden dem Bürgermeister und dem Polizeipräsidenten vorgelegt. Trotz dieser Beweise hielt der Stadthauptmann des Kommissariats Landstraße seine Version aufrecht: "Es waren nur drei Verhaftete, die Zahl fünf ergibt sich dadurch, daß die zwei verletzten Arena-Leute, die auch abtransportiert wurden, hinzugezählt worden sind." Er dementierte auch weiterhin gegenüber der Presse, daß es sich um einen NDP-Überfall handelte, obwohl es aktenkundig ist, daß sogar Norbert Burger bei dieser Aktion anwesend war.

Die nächste Version, nachdem auch er die fünf Fotos vom Wiener Polizeipräsidenten Reidinger übermittelt bekam, war noch fadenscheiniger: Die zwei der fünf Verhafteten seien bei der Aufnahme der Personalien "... im Gewirr der etwa dreißig Polizeibeamten " entwischt. Zufällig hat das Kommissariat Landstraße 2 gesicherte Türen, die ohne Ausweisleistung nicht passiert werden können. Alfred Baar, das bekannte NDP-Mitglied, habe sich mit einem Wehrdienstbuch



Alfred Baar, der 4. Festgenommene, nach seiner Verhaftung im Polizeiwagen. Der Einsatzleiter (links im Bild) hätte seine Verhaftung eigentlich sehen müssen, wenn er ein bißchen nach rechts geschaut hätte...

Gegen Baar läuft auf Grund der Anzeigen der Arena-Leute ein Verfahren wegen schwerer Körperverletzung (er schlug Regina W. nieder).

ausgewiesen und sei von einem "unachtsamen" Beamten freigelassen worden, über den Verbleib des fünften Verhafteten wisse man nichts...

"Zufall" Nr. 4 :

Am 28.9.1976 war wieder "was los". Schon am Abend kam es zufällig zu Auseinandersetzungen, doch zog die Polizei unverrichteter Dinge wieder ab. In der Nacht konnte sie jedoch bei einer Fahrzeugkontrolle vor dem Gelände eine Pistole "entdecken". Daraufhin waren - wie es bei einer Routinekontrolle eines PkW so üblich ist - die anwesenden siebzig Beamten gezwungen, sich mit Maschinenpistolen gegen die fünf "Angreifer" zu verteidigen, die sich nach den Gründen dieses Besuches der Polizei erkundigen wollten. Einer der Leute, Konrad Niernsee, zog sich bei diesem Gespräch mit der Polizei Rippenprellungen, Rißquetschwunden und eine Anzeige wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu. Er habe sich auf den Boden gelegt, und so seine ordnungsgemäße Verhaftung verhindert. Wie er zu den Verletzungen gekommen sei, konnte sich niemand erklären.

"Es ist unmöglich, daß wir ihn geschlagen haben, wir hatten in der einen Hand die Maschinenpistole, in der anderen die Handschellen", gaben die Polizisten zu Protokoll...

Detlev Hermann



Redaktion und Druckerei befinden sich ab nun in 1020 Wien, Franz Hochedlingergasse 6 (im Hof), Telefon 33 83 374. Manuskripte und Papierspenden bitte an die neue Adresse!

Unser Drucker ersucht dringlichst, die Telefonnummer 33 83 374 untertags nur für die Druckerei betreffende Anfragen zu benutzen. Für alle anderen Informationen, Mitteilungen und Anfragen ist der Journaldienst der Bewegung für Sozialismus(föj) zuständig (Montag bis Freitag 8 bis 14 Uhr Tel. 65 19 52 14 bis 20 Uhr Tel. 34 67 145)

Für Abonnements ist weiterhin der Vertrieb, 1040 Wien, Belvedergasse 10, Telefon 65 19 52 (8 - 14 Uhr) zuständig.

Innsbruck: Regierungsveranstaltung umfunktioniert

Bei der Innsbrucker Regierungsveranstaltung über Atomkraftwerke mußten die Veranstalter ihre Taktik ändern. Nachdem bei der zweiten Veranstaltung in Linz die Atomkraftwerks-Gegner das Podium besetzt hatten und einen neuen Diskussionsleiter gewählt hatten, um auch einmal zu Wort zu kommen, mußte den Gegnern in Innsbruck schon im voraus mehr Platz eingeräumt werden. So konnte die Innsbrucker Bürgerinitiative, die zwar erst seit vier Wochen existiert, doch bereits 40 Mitarbeiter zählt, zwei Referate bringen, die für den Charakter der Veranstaltung bestimmend waren. Hatten erst verschiedene "Experten" das Publikum mit einer Flut von Statistiken, Diagrammen und Wahrscheinlichkeitsberechnungen für alles mögliche regelrecht überrollt, kamen erst bei diesen zwei Referaten und im Anschluß daran bei den zahlreichen Wortmeldungen und Diskussionsbeiträgen von Gegnern die entscheidenden Dinge zur Sprache:

Atomkraftwerke sind beim heutigen Stand der Technik abzulehnen, weil sie die Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung gefährden - auf Grund der laufenden Abgabe von Radioaktivität, der Unfallgefahr und der ungelösten Probleme der Abfallagerung.

Atomkraftwerke werden gebaut, nicht weil sie notwendig sind, sondern weil sie für die Betreiber am profitabelsten sind. Schließlich auch, daß eben bloß eine kleine Minderheit davon profitiert, daß es aber die Masse der Bevölkerung ist, die dabei mit ihrer Gesundheit und ihren Steuergeldern bezahlen muß.

Das überzeugte auch den Großteil des Publikums (wie der Annahme zweier Resolutionen zu entnehmen war), wodurch die Propagandaveranstaltung der Regierung erfolgreich zu einer Kampf- und Protestveranstaltung gegen Atomkraftwerke in Österreich umfunktioniert und der Widerstand dagegen weiter ausgebaut und gefestigt wurde.

Bürgerinitiative der Atomkraftwerksgegner Tirol.

Kontaktadresse: Winfried Fessler,
Höhenstraße 25a, 6020 Innsbruck.

Fortsetzung von Seite 1

Atomkraftwerke: Kernlose Energiediskussion

weil er keinen Profit bringt (und damit hunderte Bergleute um ihren Arbeitsplatz zu bringen und später zu stundenlangen Pendelfahrten zu verurteilen und ganze Regionen veröden zu lassen). Ebenso ist es dann "wirtschaftlich vernünftig", Atomkraftwerke zu bauen, weil sie Profit bringen (und damit den Volksmassen noch gar nicht absehbare Lasten für die Zukunft aufzubürden).

Nach dieser Logik ist es dann auch gar nicht mehr absurd, wenn (wie in der Diskussion festgestellt wurde) für den Bau des Atomkraftwerkes und den Brennstoffzyklus ein überwältigender Teil der Energie aufgebraucht wird, die das Atomkraftwerk erzeugt. Diese absurde "Nettoenergiebilanz" ist dann wirtschaftlich "vernünftig", wenn jede Phase dieses Kreislaufes Profit bringt (damit jede Phase profitabel ist, hilft der Staat kräftig mit Steuergeldern nach).

Zweitens: Es stimmt, daß das Wirtschaftswachstum der letzten Jahre immer von einer Steigerung des Energieverbrauchs begleitet war. Aber: Die Höhe des Wirtschaftswachstums wird nicht durch das Energieangebot bestimmt. Auch der Bau von zehn Kernkraftwerken kann nicht das Wirtschaftswachstum sichern, weil nie-

mand das Wirtschaftssystem, in dem Krisen gesetzmäßig auftreten, das Wirtschaftswachstum sichern kann. Es ist eine Tatsache, daß in der letzten Krise nicht nur Nullwachstum eingetreten ist, sondern es sogar zu einem absoluten Produktionsrückgang gekommen ist, obwohl niemand die Regierung an der Fortführung ihres Kraftwerksausbauprogrammes gehindert hat. Oder wurde irgendwo die Produktion eingeschränkt, kurzgearbeitet, Arbeiter auf die Straße geworfen oder ein Betrieb stillgelegt, weil zu wenig Strom da war? Oder tritt dieser Fall nicht vielmehr immer dann ein, wenn infolge der anarchischen Wirtschaftsentwicklung die Märkte verstopft sind, wenn der Unternehmer sein Kapital nicht mehr profitabel verwerten kann?

Weiter: Es ist durchaus denkbar, daß in der Produktion weniger Energie verbraucht wird. Dazu muß man sich nur vor Augen führen, welche gigantischen Mengen an Energie, Rohstoffen etc. in unserem Wirtschaftssystem sinnlos verschwendet werden (siehe ÖIAG-Broschüre, Seite 25, Porsche Langzeitauto, ...). Doch auch hier muß man - will man auf dem Boden der Realität bleiben - immer fragen, wer verschwendet (in welchen Dimensionen), wer trifft die entscheidenden Entscheidungen und in wessen Interesse werden sie getroffen. Schärfstens entgegneten muß man in diesem Zusammenhang dem "unabhängigen" Finanzexperten Knapp, der der Bevölkerung die Schuld an der Verschwendung in die Schuhe schiebt. Tatsache ist, daß der Durchschnittslohn heute weniger wert ist als vor zwei Jahren.

Drittens: Steigendes Wirtschaftswachstum heißt zwar erhöhte Produktion, aber noch lange nicht Vermehrung oder gar Sicherung der Arbeitsplätze. Im Gegenteil erfolgt Produktionssteigerung im wesentlichen nicht durch die Schaffung neuer Produktionsstätten, sondern durch die Einführung neuer rationeller Techniken, bei denen durchwegs Arbeitskraft durch Energie ersetzt wird. Auch Lebensqualität

Die Lobby

Osterreichische Studiengesellschaft für Atomenergie (Gesellschafterliste)
Republik Österreich, Akkumulatorenfabrik Jungfer, Jungbunzlauer chem. Fabrik, Saliqua-Wärmegegesellschaft, Csernohorsky (Elektrowaren), Danubia (Zähler-, Meß- und Regelanlagen), EIC (Elektr. Instrumente), Elin-Union, Ennskraftwerke, Eternit-Werke, Eumig, Gebr. Böhler, General Atomic Europe, Genossenschaftliche Zentralbank, Hoechst Austria, ITT-Austria, Kabel- und Drahtwerke, Kärntner Elektrizitäts-AG, Kwizda (chem. Fabrik), Metallwerk Plansee, Montanwerke Brixlegg, Negrelli-Bau AG, Neue Reformbau, Newag, Oberösterreichische Kraftwerke, Osterreichisch-Alpine-Montan, Osterreichische Brown-Boveri-Werke, Osterreichische Donaukraftwerke, Osterreichische Draukraftwerke, Verbundgesellschaft, ÖIAG, ÖMV, Osterreichische Philips, Perlmöoser Zementwerke, Persil, Pharmakologische Untersuchungsgesellschaft, Reaktorbau Forschungs- und Baugesellschaft, Schoeller-Bleckmann-Stahlwerke, Semperit, Shell-Austria, Siemens-Osterreich, Simmering-Graz-Pauker, Sprecher & Schuh (Elektrizitätsanlagen), Stewag, Steyr-Daimler-Puch, Tauernkraftwerke, Verband der Elektrizitätswerke, Bankenverband, Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf, VOEST, Industriellenvereinigung, Bundesländer-Versicherung, Vorarlberger Illwerke, Waagner-Biro, Wiener Allianz-Versicherung, Wiener Metallwarenfabrik Smolka, Wiener Elektrizitätswerke.
aus: "ECCO" 12/1974

und Wohlstand werden durch Wirtschaftswachstum kaum gesichert, da es im allgemeinen nicht die Masse der Bevölkerung ist, die davon profitiert. Vielmehr bedeutet ständige Ausweitung der Produktion erhöhte Belastung der Umwelt durch Industrieabfälle und -schadstoffe, andererseits ist sie zum Teil erst möglich durch die Erzeugung von qualitativ schlechteren, kurzlebigen Gütern, die mit "Lebensqualität" wohl nichts zu tun haben.

Die Taktik der Regierung in der Aufklärungskampagne

Die Regierung befindet sich in einem Dilemma. Denn sie will Atomkraftwerke bauen lassen, sie will, daß Zwentendorf in Betrieb geht - das stellt sie nicht einmal mehr zur Diskussion (vergleiche die eindeutigen Äußerungen Kreiskys). In der Broschüre heißt es deshalb: "Nachdem sowohl die Atomkraftwerk-Betreiber als auch die Gegner bereits grundsätzlich entschieden haben, kann es heute nur mehr um die Durchsetzung dieser Entscheidungen gehen."

Da aber Atomkraftwerke für die Bevölkerung weder sicher noch wirt-

schaftlich sind, muß die Regierung die Diskussion über diese Frage einschränken, möglichst unverständlich und unentscheidbar machen. Sie muß verhindern, daß sich die Menschen eine eigene Meinung über Atomkraftwerke machen, zugleich aber herausstreichen, daß diskutiert wird, daß Pro- sowie Kontrastimmen zu Wort kommen und sie selbst, über den Interessen stehend, die objektive, für alle opportune Lösung zu finden habe. Diese wird dann eben im Parlament zur Abstimmung gebracht. Die Regierung setzt also nicht auf das Interesse der Menschen, sie sucht es vielmehr einzuschläfern.

Davon zeugt auch die Broschüre: Kernenergie - ein Problem unserer Zeit. Es heißt dort auf Seite 68: "Die Informationskampagne Kernenergie hat nicht das Ziel, eine vorherbestimmte Linie zu propagieren, ihr Hauptzweck ist es, die Orientierung zur Bildung einer eigenen fundierten Meinung zu ermöglichen, ein Problembewußtsein zu schaffen. Gerade deshalb ist es von besonderer Wichtigkeit, daß an den öffentlichen Diskussionen sowohl skeptische Experten als auch solche, die die Nutzung der Kernenergie befürworten, teilnehmen werden ..."

In diesem Sinne wird auch z.B. detailliert aufgezählt, welche Faktoren die Wirtschaftlichkeit der Atomkraftwerke bestimmen (Kap. 1.3.2.). Nicht aber

wird gesagt, ob Atomkraftwerke wirtschaftlich sind! Als ob die Betreiber noch keine Berechnungen angestellt hätten. Die Verfasser dieser Broschüre spielen die ahnungslosen naiven Schächchen.

Wer nun die Broschüre in die Hand bekommt, soll den Eindruck erhalten, daß pro und kontra in der Kampagne diskutiert und entschieden würden. In der ersten Veranstaltung ist die Regierung jedoch kein Risiko eingegangen. So die pompöse Ankündigung der Kampagne, daneben aber Verschweigen von Ort und Datum der Diskussionen. Unentschiedene sind am 14. gar nicht gekommen. Keine Rede ist von Live-Übertragungen der Diskussionen im Fernsehen. Bloß die Einleitung des Diskussionleiters wurde übertragen. Das klang dann so: "Braucht Österreich Kernkraftwerke? Oder können wir ohne Kernkraftwerke auskommen? Droht eine Energielücke? Wenn ja, wie kann man sie stopfen? Oder wird hier nur der Teufel Energielücke an die Wand gemalt, um einen Bund mit dem noch schlimmeren Teufel Kernkraft zu schließen, wie die Kernkraftgegner meinen?"

Wieso ist es überhaupt zu dieser Debatte gekommen, was ist der sozialökonomische Hintergrund?

Es geht hier vor allem um die Beziehung zwischen Wirtschaftswachstum und Energiebedarf. Wir sehen auch



Weitere Kontaktadressen:
 Dipl. Ing. Elmar Heinzle, Leonhardstraße 61, 8010 Graz
 Peter Pritz, Stiftingalstr. 51, 8010 Graz
 Annemarie Lorbeer, Getreideg. 13/2 9020 Klagenfurt, Tel. 04222/807222
 Dipl. Ing. Herwig Kampl, Dehmg. 6, 3400 Weidling/Klosterneuburg Tel. 02243/5521
 Dr. Siegmund Priglinger, Lagerstr. 4, 4470 Enns, Tel. 07223/779
 Fritz Fehlinger, Hafnerstr. 14, 4020 Linz, Tel. 07222/739143
 Alois Hartl, Hagenau 50, 4963 St. Peter am Hart
 Joseph Gerger, Wienerstr. 29, 2345 Brunn a. G., Tel. 02236/813132
 Ursi Fürtler, Liebleitnerg. 5, 2340 Mödling, 02236/813132
 Manfred Pum, Auerspergstr. 14, 5020 Salzburg, Tel. 06222/729537
 Willibald Muschka, Postfach 251, 5010 Salzburg

Manfred Rünzler, Kellaweg 18, 6922 Wolfurt

* *

TERMINE VON ARBEITSKREISEN IN UND UM WIEN
 Wien - jeden Dienstag, 19 Uhr
 z. Zt. Kath. Hochschulgemeinde, 1010 Wien, Ebendorferstr. 10
 Mödling - jeden Donnerstag, 19.30h
 Elisabethstr. (Fußgängerzone) "Mautswirtshaus"
 Klosterneuburg - jeden Dienstag, 19.30 Uhr
 Volksbank, Klosterneub.

* *

WEITERE REGIERUNGSVERANSTALTUNGEN DER "AUFKLÄRUNGSKAMPAGNE"
 Donnerstag, 24.11.1976, FELDKIRCH
 "Energiewirtschaftliche Fragen der Kernenergie in Österreich"

Donnerstag, 9.12.1976, SALZBURG
 "Beurteilung des Risikos von Kernkraftwerken"
 Donnerstag, 13.1.1977, GRAZ
 "Technische und betriebliche Sicherheitsfragen"
 Donnerstag, 27.1.1977, WIEN
 "Gesellschaftliche Auswirkungen und Kontrolle des Betriebes von Kernkraftwerken"
 Donnerstag, 17.2.1977, LEOBEN
 "Belastungen aus Reaktorbetrieb und Brennstoffzyklus"
 Donnerstag, 10.3.1977, KLAGENFURT
 "Abwärmeproblematik"
 Donnerstag, 24.3.1977, WIEN
 "Biologisch-medizinische Fragen"

* *

LITERATUR:
 allgemeine Einführung:
 + "Zum richtigen Verständnis der Kernindustrie, 66 Erwiderungen" (Autorengruppe), Oberbaumverlag Preis S 55,-

+ Broschüre der Initiative Österr. Atomkraftwerksgegner - "Wie ist das mit den Atomkraftwerken wirklich?" - Preis S 5,-, zu beziehen über Arbeitskreis Atomenergie Wien oder Buchhandlung Herrmann
 + Reihe politische Ökologie, Verlag Association, H. Strohm, Hefte 2, 3, 4
 spezielles:
 + "Die Spaltung des Kerns im Dienst des Kapitals", Editora Queimada
 + Weish/Gruber "Radioaktivität und Umwelt", Gustav Fischer Verlag, Stuttgart
 + H. Strohm "Friedlich in die Katastrophe", Verlag Association (Nachschlagewerk für Zahlen, Fakten, Zitate)
 + "Lieber aktiv als radioaktiv" Wagenbach Politik 65
 + "Wyhl - kein Kernkraftwerk in Wyhl und auch sonst nirgends", inform-Verlag Freiburg

hier die Unbestimmtheit, die schon die Broschüre kennzeichnet.

Auch der Ablauf der Diskussion selbst war nichts weniger als demokratisch. Zuerst zweistündige Podiumsdiskussion, dann Antworten der Experten auf die Fragen aus dem Publikum, ständige Einschränkung der Fragen (Prager, Ökonom: "Wir können die Frage der Stromkosten hier nicht diskutieren, wir sind keine Betriebswirtschaftler").

Für die Experten selbst war, mit Ausnahme von Prof. Blau, dem es ein echtes Anliegen ist, gegen den Bau von Atomkraftwerken einzutreten und Prof. Millendorfer, der auch dagegen ist, der Abend wohl nur eine lästige Pflichtübung. Im Grunde wurde nicht einmal der Versuch gemacht, von der Notwendigkeit der Atomkraftwerke zu überzeugen – wen auch? Anwesend waren im halbleeren Saal fast nur Gegner, die Fernsehkameras waren schon abmontiert. Die Bundesregierung wird, laut Prager, einen Bericht über die Ergebnisse der Diskussion erhalten – wahrscheinlich darüber, was zu tun ist, damit die Sache in Zukunft glatter über die Bühne gehen kann. ★

Arbeitskreis Atomenergie, Universität Wien.

Kontaktadressen: Mag. Lidia Brandstätter, Sobieskigasse 20, 1090 Wien, Tel.: 23-47-894

Mag. Günther Pfaffenwimmer, Burggasse 12/10, 1070 Wien, Tel.: 93-40-472

In eigener Sache:

Zeitungswerbung und linke Zeitungen

"Was steht zur Wahl – näheres in der Werbung" verkündeten vor nicht langer Zeit Plakatwände, Presse und Rundfunk, so unfreiwillig das bisher Relevanteste zur "Ideologiedebatte", den Unterschieden zwischen SPÖ und ÖVP beitragend. Geworben wird aus ideologischen oder ökonomischen Gründen, wobei sich diese beiden Bereiche natürlicherweise nicht trennen lassen, aber unterschiedliche Gewichtung erfahren.

Werbung mit ökonomischem Schwerpunkt dient dazu, die Umschlagszeit des Kapitals zu verkürzen: Warenkapital braucht eine bestimmte Zeit, um in Geldkapital umgewandelt werden zu können, die Umlaufzeit. Das ist jene Zeit vom Ende der Herstellung einer beliebigen Ware bis zu ihrem Verkauf. In dieser Zeit bleibt der Kapitalwert aber gleich – denn nur durch die menschliche Arbeit im Produktionsprozeß wird Wert geschaffen. Auf der anderen Seite kann Warenkapital, solange es nicht zu Geld geworden ist, nicht wieder in den Produktionsprozeß investiert werden. – Je kürzer die Umlaufzeit, umso größer ist daher die Produktivität. Je kürzer die Umschlagszeit, die Summe aus Produktionszeit und Umlaufzeit, umso schneller verwertet sich das Kapital; umso schneller wird – um es simpel auszudrücken – der Kapitalist reich. "Der" Unternehmer schlechthin trachtet daher durch Information und Beeinflussung der potentiellen Käufer seine Ware schneller zu Geld zu machen – vor allem durch Werbung. Die Kosten, die sie verursacht, bringen dem individuellen Kapitalisten zwar Bereicherung, setzen aber – siehe oben – den Waren keinen Wert zu. Sie bilden damit einen Abzug vom gesellschaftlichen Reichtum. Die Notwendigkeit zu werben und durch Werbung zu manipulieren wird aber immer größer, je mehr der Markt aufgeteilt ist, je mehr die Ausweitung der Produktion eines Unternehmers auf Kosten der anderen Unternehmer erfolgen muß. Eine Tatsache, mit der wir im Kapitalismus leben müssen und von der die meisten Zeitungen gut leben.

Zeitungen verkaufen sich also auf zwei Märkten: an den Leser und an die Werbetreibenden. Sie müssen es auch zu einem gewissen Teil, da sich die Produktionskosten dieser Branche laufend unverhältnismäßig erhöhen. Eine Tageszeitung, die am anderen Morgen ja nur mehr Altpapier ist, würde ohne Werbung zirka 9,- S kosten und wäre damit vielen zu teuer.

Nun gibt es aber Inserate, die als solche kenntlich gemacht sind und mit dem redaktionellen Teil nichts zu tun haben und Reklame, die aussehen soll, als wäre sie ein Teil der Berichterstattung. Letztere wird meist nur mit + oder p.r. (public relations) gekennzeichnet – in einigen Fällen aber gar nicht. Da ein Zeitungsunternehmen im Normalfall profitorientiert wie jeder andere kapitalistische Betrieb ist, sucht es durch Schleichwerbung seine Einnahmen zu erhöhen, bzw. Journalisten versuchen durch Schreiben von Gefälligkeitsartikeln ihr Budget aufzubessern. Resultat sind dann die verschiedenen "Service-Artikel" vom schöner Wohnen, über allerlei Hobbies usw.

Werbung mit ideologischem Schwerpunkt wird von Zeitungsverlagen ebenfalls angenommen, meist allerdings nur solange dadurch die freie Profitwirtschaft nicht angetastet wird. Das ist auch ganz logisch so.

Linke Zeitungen, sofern es sich wirklich um solche handelt, prostituieren sich selbstverständlich nicht durch gekaufte Artikel. Aber auch fortschrittliche Publikationsorgane sind den kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten unterworfen. Ihre Produktion kostet schlicht Geld. Ihr Verkaufspreis kann andererseits gewisse Grenzen nicht übersteigen, da ihre Leser zumeist nicht zu den finanzstarken Kreisen zählen. "offensiv links" löst dieses Problem zum Teil dadurch, daß es über einen einzigen (unter)bezahlten Beschäftigten, einen Drucker, verfügt. Den Differenzbetrag bringen wir durch bezahlte Anzeigen bzw. Subventionen herein. Die staatliche Presseförderung betrug für dieses Jahr

**Deine
Versicherungen
durch**

FRICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6
Telefon: 65 87 97 / 98 499

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7/29/14
Telefon: 62 14 302

30.000,- S; ohnehin "kein Haus". Trotzdem betrachten wir uns deshalb nicht von der SP-Regierung gekauft, wir glauben nur nicht, daß es besonders revolutionär ist, aus vermeidbaren Gründen, die finanzielle Basis unserer Zeitung auf's Spiel zu setzen.

Eines ist freilich klar: "Public relations" kann es nie geben. Darüber hinaus

wird die Annahme jeder Anzeige vorher von der Redaktion oder der Leitung der Bewegung für Sozialismus auf ihre politische Vertretbarkeit diskutiert. Wir halten aber unsere Leser für politisch mündig, zwischen den gekennzeichneten Inseraten und dem redaktionellen Text unterscheiden zu können.

Die Redaktion



Macht und Ohnmacht der Beamten

Wir bringen im Folgenden einen Bericht über die Probleme linker Politik am Arbeitsplatz.

Die Redaktion lädt zu weiteren Stellungnahmen ein!

Zwischen Sparappellen und drohenden Radikalenerlässen, Dienstpostenkürzungen, Aufblähungen des Verwaltungsapparates und Kompetenzstreitigkeiten steht der Bedienstete in der Allgemeinen Verwaltung, in den Ministerien und den nachgeordneten Dienststellen, vor der nicht immer leichten Aufgabe, seiner Tätigkeit nachzugehen. Vor allem jene Genossen, die, da man von revolutionärer Theorie und Praxis allein leider nicht leben kann, ihr Schicksal mehr oder weniger vertrauensvoll in die Hände von Vater Staat gelegt haben, sind mit der Notwendigkeit konfrontiert, die Grenze zwischen Realismus und Opportunismus immer wieder als Richtlinie für das eigene Handeln festzulegen.

Durch wiederholte Frustrationen wird

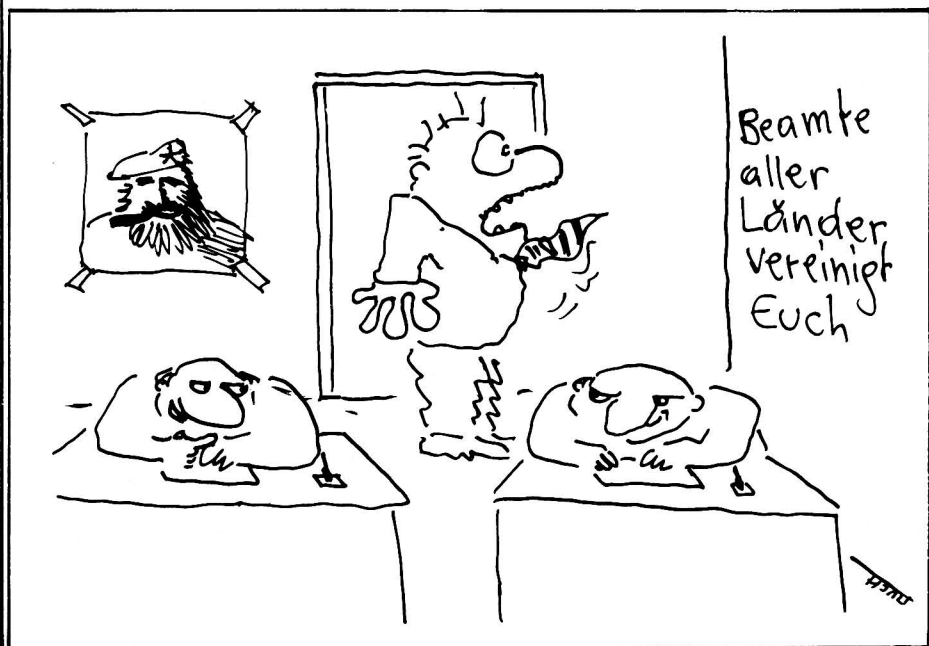
die Versuchung immer stärker, sich nur noch auf eine Karriere um jeden Preis zu konzentrieren. Nun sind in der Tat die Risiken groß, die politisches Engagement für Angehörige der Hoheitsverwaltung, eines der Kernbereiche der Machtausübung und Kontrolle von oben, mit sich bringt. Um aber nicht in ungerechtfertigten Pessimismus zu verfallen, gilt es, sich vor Augen zu halten, daß zwischen zwei Arten von politischem Engagement klar unterschieden werden muß:

Zum einen kann der politisch engagierte öffentlich Bedienstete - und darauf wird fälschlich oft die Hauptbetonung gelegt! -, da er in seinem unmittelbaren Arbeitsbereich nur entmutigende und ernüchternde Zustände vorfindet, so reagieren, daß er seine Tä-

tigkeit nur noch mit dem Minimum an Arbeitsaufwand als "Job" ausübt und sich in anderen Bereichen, in Arbeitskreisen, deren Thema ihn gerade interessiert, als "Anhängsel" in Organisationen anderer Berufsgruppen und ähnlicher Form betätigt. Dieser Ausweg ist aber nur ein scheinbarer - sobald das Engagement in irgendeiner Weise manifest wird, ist der Engagierte als einzelner, als politisch interessiertes Individuum, den Repressionsmaßnahmen seiner Vorgesetzten ausgesetzt, ist in dieser Form natürlich verwundbar und wehrlos und wird schließlich seinen Posten verlassen müssen, will er nicht von dem Druck zerbrochen werden. Daher ist nur der zweite Weg wirklich gangbar, nämlich die Organisation am Arbeitsplatz, die Bildung einer Gruppe von Menschen in der gleichen Situation und mit den gleichen Interessen - vor allem im Rahmen der Gewerkschaft. Sicher ist hier erschwerend, daß z. T. ein Zweifrontenkampf gegen Dienstgeber und reaktionäre Tendenzen in der Gewerkschaft selbst geführt werden muß. Das Durchbrechen der Isolation am Arbeitsplatz jedoch schafft zumindest im Ansatz die Möglichkeit, durch solidarisches Handeln den eigenen Standpunkt zu verteidigen bzw. durchzusetzen. Wichtig ist schließlich auch, daß eine Auseinandersetzung mit den Inhalten der beruflichen Tätigkeit für jeden Linken eine zentrale Rolle spielen sollte, gerade in der staatlichen Verwaltung, wo in fast untrennbarer Vermischung Funktionen der Unterdrückung und Verschleierung von Machtverhältnissen mit Funktionen objektiv notwendiger Dienstleistungen an der Bevölkerung (auch diese natürlich z. T. deformiert und pervertiert) koexistieren und viele Ansätze für eine schrittweise Veränderung gegeben sind.

Damit diese letzteren freilich realisierbar werden, ist die Solidarität und das Zusammenwirken der gesamten werktätigen Bevölkerung und nicht nur der "fortschrittlichen Bürokraten" erforderlich - es bringt noch nicht viel, wenn Positionen der bestehenden administrativen Hierarchie von progressiven Beamten eingenommen werden; entscheidend ist die Veränderung und der Abbau dieser Hierarchien durch das politische Handeln aller Lohnabhängigen.

H. H.



Lehrerausbildung:

Sondervertragslehrer unerwünscht

Wie jedes Jahr wurden auch heuer alle neu ins Dienstverhältnis übernommenen Lehrer aus ganz Wien versammelt und zur Begrüßung gebeten. Am 22. Oktober punkt zwölf Uhr wurden die AHS-(Allgemeinbildende Höhere Schulen=Mittelschulen-)Lehrer diesem Zeremoniell unterzogen. Amtsführender Präsident des Stadtschulrates Hofrat Dr. Schnell gliederte seine Rede im wesentlichen in zwei der Einschüchterung dienende Schwerpunkte.

Der erste, vermutlich ein Standardthema solcher "Festreden", nämlich die Betonung der erzieherischen Aufgaben des Lehrers gegenüber den mehr fachlich orientierten. – Indirekt nichts anderes als ein Appell zur Erhaltung von Zucht und Ordnung.

Als zweiter Punkt seiner Rede stach die "spezielle Behandlung" einer Minderheit unter den anwesenden Lehrern hervor: den Sondervertragslehrern unter ihnen wurde mehrmals nahegelegt, baldigst, ja noch in diesem Jahr, die Lehramtsprüfung abzulegen. Was gar nicht allen möglich ist. Ansonsten sei ihnen Anfang nächsten Jahres ihre Lehrverpflichtung nicht mehr sicher.

Bezeichnenderweise will man gerade von diesen Lehrern nichts wissen, die am ehesten die gesellschaftliche Isoliertheit ihrer Ausbildung, deren Abgehobenheit von der Praxis, zu durchbrechen imstande wären. Denn Lehrauftritte und auch das Probejahr bestehen ja nur aus streng kontrolliertem Einpauken bestimmten Lehrverhaltens und genau begrenzter Inhalte. Durch Koppelung ihrer theoretischen Ausbildung mit Erfahrungen aus der Schulwirklichkeit könnten die Sondervertragslehrer auch das Studium jener Kollegen, die noch nicht unterrichten, etwas mit Lebenssaft würzen. Aber gerade das ist ja nicht erwünscht! Trotz mancher Bedenken, die diese Rede Dr. Schnells ausgelöst haben mag, konnten auch derlei Warnungen, die schon nach wenigen Wochen "Probejahr" sehr eingeschüchtert wirkenden Junglehrer nicht zu Stellung-

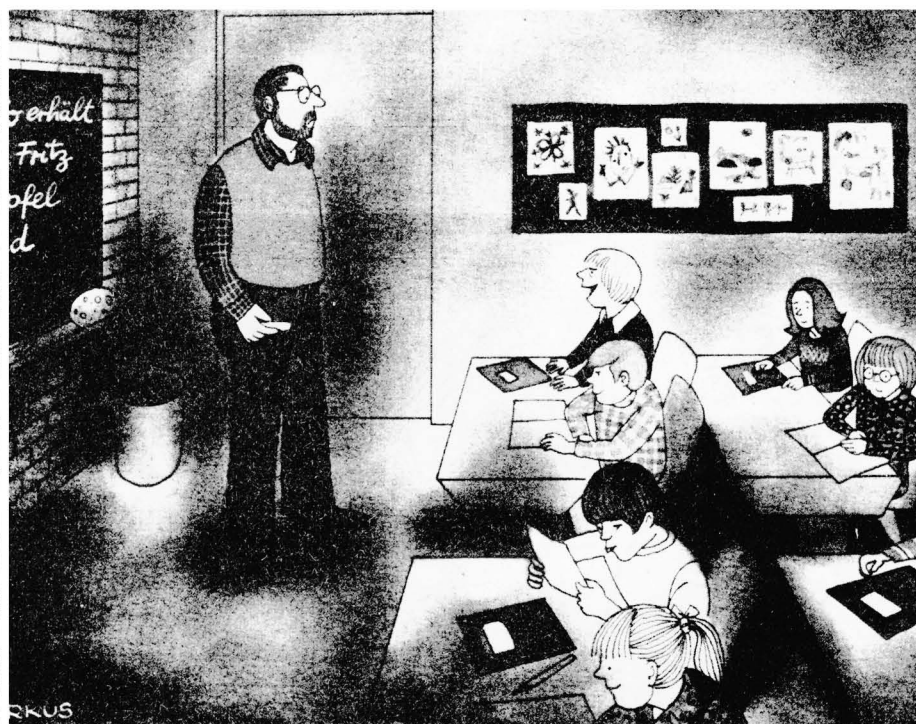
nahmen bewegen, nicht einmal dem eigenen "Banknachbarn" gegenüber. Eine Stecknadel hätte man in den von einigen hundert Lehrern besetzten Prunkräumen fallen gehört. Aber man sollte nicht zu pessimistisch sein. Es stellt sich vielmehr die Frage, ob diese Lehrer (nach dem Probejahr... oder erst nach der Pragmatisierung?) von den Freiräumen, die innerhalb der Klassenzimmerwände für emanzipatives, fortschrittliches Unterrichten gegeben sind, Gebrauch machen werden.

Die letzte relativ kurze Rede des Personalreferenten war auf die Betonung der "Symbolik der Stunde" zugespielt. Hätte er auch noch die "Geheiligt-heit des erhaltenen Auftrags" erwähnt, hätte es makaber geklungen. Den Sondervertragslehrern war ein peinliches Gefühl auch so nicht erspart geblieben. Über ihre "Sonderstellung" hatten sie sicher schon vor dieser Begrüßung erfahren: Ihren Kollegen, die schon im Vorjahr unter Sondervertrag arbeiteten, bzw. jenen, die heuer noch im Dienst sind, hatte man zu Beginn des Schuljahres gleich mal zwei

Drittel ihres Gehaltes drei Monate lang vorenthalten. Den Sondervertragslehrern aller Bundesländer wurden nämlich laut Rundschreiben Nr. 39 des Unterrichtsministeriums mit 31. August die Bezüge eingestellt und erst bei "Weiterverwendung" bis zu 33 Prozent vom letzten Gehalt akkontiert. Bis November also Hungerlohn! Und das bei einem Vorjahresstand von zwanzig bis fünfundzwanzig Prozent nicht vollgeprüfter AHS-Lehrer! Was die "Neuverwendeten" anbetrifft, müssen sich diese so und so mit einem minimalen Vorschuß bis zur meist sehr verspäteten ersten Gehaltsanweisung dahinfretten.

Wozu diese sonderbaren "vorbeugenden" Maßnahmen, wenn nur durch den Einsatz von mindestens dreißig Prozent teilgeprüfter Lehrer der Unterricht aufrecht gehalten werden kann?

Zu erinnern ist hierbei erstens an die vielen Mehrdienstleistungen (z. B. 20 Prozent bis 22 Prozent an den AHS in Niederösterreich), die im Vorjahr übernommen werden mußten. Zweitens an den Ausfall von 146 000 Stunden alleine an den AHS. Drittens an die überfüllten Klassen und oftmals überschrittenen Klassenschülerzahlen. Außerdem wurde eine Reformierung des Berufsschulwesens angekündigt, in Pflicht- und Höheren Schulen wurde sowohl Förderunter-



"Könnten wir nicht statt mit den langweiligen Birnen und Äpfeln einmal mit nichteingestellten Sondervertragslehrern rechnen, Herr Professor?"

richt angeboten, als auch eine ganze Liste von Freigegegenständen.

Der Bogen ist gespannt von "mehr Allgemeinbildung" in Berufsschulen in Form von doppelter Stundenanzahl von "Staatsbürgerkunde" bis zu EDV, mehr lebenden Fremdsprachen, Schach, Medienkunde, Politische Bildung, besonders flexiblen Angebot in Sport- und Instrumentalfächern, Maschinschreiben, Freie Rede, Landeskunde, Bühnenspiel sowie nicht zuletzt Sprachübungen für ausländische Kinder. Dies alles wären sehr schätzenswürdige Einrichtungen, wenn es in der Praxis mancher Schulen nicht so aussähe, daß der Direktor zu Beginn des Schuljahres den Eltern mit verunsicherter Miene berichtet: "Dies werden wir anbieten, falls wir dazu genügend Lehrer haben." Nun bleibt zu fragen übrig: Darf man, wenn laut Anfrage beim Bildungsstatistiker des Unterrichtsministeriums, Ministerialrat Grohmann, "nicht alle Dienstposten-Anträge von Schuldirektoren genehmigt werden können, wenn es den finanziellen Rahmen übersteigt", überhaupt die Diskussion um Einführung einer Ganztags- und (bzw. oder) Gesamtschule ernstnehmen?

Wenn Minister Sinowatz einen Tag vor der Lehrer-Demonstration am 23. Juni lautstark verkündete, von Lehrerstopp könne keine Rede sein, einen Tag nachher davon sprach, daß auch Sondervertragslehrer sich nicht zu fürchten hätten, so ist es doch etwas verwunderlich, daß man einige Wochen vor Weihnachten immer noch nicht mit konkreten Zahlen über Neueinstellungen (bzw. Nichteinstellungen) herausrücken will! Dazu Ministerialrat Grohmann wörtlich: "Gäbe ich zu unvollständige Zahlen bekannt, würden sich Parlament, Lehrerverbände und Opposition darauf stürzen. Dies schneidet ein hochpolitisches Problem an. Erst mit Zahlen aufwarten, die hundertprozentig sind. Im März können diese zu haben sein." - Dies ist nach Ende Dezember und Anfang Jänner schon der dritte genannte Termin. Dann kam Grohmann mit dem Märchen vom großen Steuerkuchen, von der möglichen Deckung geringerer Kosten durch sinkende Schülerzahlen (d.h. weniger Lehrbedarf), andererseits Lehrermehranstellungen in Zusammenhang mit Lehrangebotserweiterung. Wobei sich, und das dürfte er

außerdem nicht in Betracht gezogen haben, die geringeren Schülerzahlen sich erst in Pflichtschulen, in den AHS u.ä. aber noch gar nicht bemerkbar machen. Seine Argumentationsweise gipfelte schließlich in einem sogenannten "Rußlandvergleich". Bei uns könne eben jeder studieren, wir lebten in einer Demokratie, da käme

Ideologiediskussion :

Bürgerliches Bewußtsein und Unterbewußtsein

I.

Sein oder Bewußtsein - das ist hier die Frage, wenn es um Ideologie geht. Marx antwortet auf die Frage in seinem Frühwerk ("Deutsche Ideologie"): "Die Menschen sind Produzenten ihre Vorstellungen, Ideen..., aber die wirklichen, wirkenden Menschen, wie sie bedingt sind durch eine bestimmte Entwicklung ihrer Produktionskräfte und des denselben entsprechenden Verkehrs bis zu seinen weitesten Formationen hinauf. Das Bewußtsein kann nie etwas anderes sein als das bewußte Sein, und das Sein der Menschen ist ihr wirklicher Lebensprozeß. Wenn in der ganzen Ideologie die Menschen und ihre Verhältnisse wie in einer Camera obscura auf den Kopf gestellt erscheinen, so geht dies Phänomen ebenso sehr aus ihrem historischen Lebensprozeß hervor, wie die Umdrehung der Gegenstände auf der Netzhaut aus unmittelbar physischen." Der späte Engels spricht in einem Brief an F. Mehring (14.7.1893) in Zusammenhang mit Ideologie von "falschem Bewußtsein".

II.

Ideologie als Herrschaft der Ideen der Herrschenden muß stets aufs Neue begründet und eingehämmert werden. Die Freiheit und Gleichheit aller Waren, der menschlichen, verdinglichten Ware Arbeitskraft wie aller anderen ideellen und materiellen Waren, fußt auf dem Prinzip der Freiheit und Gleichheit aller Käufer und Verkäufer, aller Konsumenten und Produzenten. Das darauf errichtete Produktions- und Verteilungssystem hat zur Grundlage die Ausbeutung, der Abhängigkeit und damit Unfreiheit der Schwachen und Habenichtse von den Star-

es eben vor, daß nicht alle Anträge erfüllt werden...

Es ist eine Unverschämtheit, angesichts des dringenden gesellschaftlichen Bedarfs nach mehr Lehrern, solche Schlüsse zu ziehen.

Elfi Weiß



ken und Besitzenden, d.i. die Ungleichheit der Arbeitskraftbesitzer gegenüber Kapitalbesitzern, der wahrlich ungleiche Tausch von Lohn und Gehalt gegen Mehrarbeit und Mehrwert.

Eine riesige Meinungsindustrie, die bürgerlichen Massenmedien sorgen dafür, daß die Einsicht in diese Widersprüche, das Bewußtwerden der Arbeiter und Angestellten ihrer wirklichen Seinslage und der wahren gesellschaftlichen Verhältnisse möglichst erschwert, verdeckt, verhindert wird. Wo dennoch Einsicht an Boden gewinnt und als Folge sich Widerstand organisiert (und je marginaler er bleibt, umso eher) helfen Einschüchterung (Berufsverbot) und nackte Repression (Polizeiterror) nach, um die Widersacher zur Raison zu bringen.

III.

Die von der ÖVP seit einiger Zeit ventilerte "Ideologie-Diskussion" hinkt auf beiden Beinen. Ideologische Auseinandersetzungen ist in gewissen Grenzen möglich und sinnvoll, wenn tatsächlich entgegengesetzte Positionen und Methoden der Erkenntnis miteinander konfrontiert werden. Die ÖVP ist zwar eine waschechte Unternehmerpartei, aber ihre ideologische Artikulation ist durch Abhängigkeit und Rücksichtnahme auf Arbeiter- und Angestelltenschichten, auf Kleinbürger und Bauern eindeutig und klar nicht möglich und daher widersprüchlich. (Siehe die letzte Kontroverse bezüglich Mitbestimmung am Arbeitsplatz zwischen Taus und ÖAAB). Die SPÖ ist wiederum eine Arbeiterpartei von ihrer Tradition





Unserem Karikaturisten ist es hier beim besten Willen nicht gelungen. . .

und Basis her, aber die Politik ihrer Führung ist seit den Anfängen der Zweiten Republik darauf gerichtet, den Interessensausgleich zwischen Arbeit und Kapital zum angeblichen Wohle beider herbeizuführen: steigen des Wirtschaftswachstum garantiert steigende Profite trotz steigender Löhne und Gehälter. Macht und Einfluß der Partei und Gewerkschaften werden zur Humanisierung der Auswüchse des Kapitals eingesetzt.

Die SPÖ hat dabei weitgehend alle Reste einer "Gegen-Ideologie" zum bürgerlichen Staat ("Im Staate stellt sich uns die erste ideologische Macht über den Menschen dar." Engels, Feuerbach) über Bord geworfen. Sie ist heute frei von Verpflichtungen programmatischer Art, eine Politik zu verfolgen, die die Herrschaft des Menschen über Menschen endgültig brechen und eine neue Gesellschaft von Freien und Gleichen in umfassendem, also sozialistischen Sinn anzustreben. (Das in Arbeit befindliche neue Parteiprogramm wird dem auch verbal Rechnung tragen.) Ihre soziale Pragmatik (Erhaltung der Vollbeschäftigung hat Vorrang) ist die letzte Schuldenlast, der die Sozialdemokratie insbesondere in Österreich wegen ihrer Wähler- und Aktivistenbasis Rechnung zu tragen hat. Kreiskys "offene Partei" (nach rechts) sollte solche n Beschränkungen auf Biegen oder Brechen nicht mehr ausliefert sein. Von Sozialismus keine Rede, überhaupt keine Spur davon in der Tat.

Die Ideologie-Diskussion der ÖVP getreu dem CSU-Vorbild einer aggressiveren Tonlage in der Propaganda ist jedoch nicht nur Ausdruck der Kon-

zept- und Hilflosigkeit des bürgerlichen Lagers in der Krise, die zur Dauerkrise zu werden verspricht. Der SPÖ oder SPD Sozialismus vorzuwerfen erfüllt einen doppelten Zweck. Einerseits werden selbst zaghafte Reformen als Sozialismus "entlarvt", wodurch deren böser Charakter für eine beträchtliche Wählerschaft benannt wird. Andererseits wird hierfür die Zukunft "präjudiziert", eine vorbeugende Limitierung gesetzt: wenn das, was die SPÖ und die SPD heute machen (kapitalistisches Krisenmanagement unter Vermeidung extremer sozialer Härten) schon der Sozialismus ist, kann jede weitergehende Maßnahme gegenüber den Profitgeiern und Monopolen als Revolution, als Zerstörung der gesellschaftlichen Grundlagen leichter in die Schranken gewiesen werden.

Die Verwirrung in der Sozialdemokratie ob dieser vorausblickenden Taktik ist nur so zu erklären, daß sie schwerlich argumentieren kann: Blödsinn, das ist doch gar kein Sozialismus, was wir machen, sondern Sozialismus ist, folgt Ausführung. Für die Sozialdemokratie ist heute eine Debatte über Fragen des Sozialismus, von welcher Seite auch immer aufgezwungen, ein höchst peinliches Thema, da spricht sie lieber von was anderem. Denn sobald sie den Mund aufmacht und sich dazu äußert, verrät sie sich - so oder so. Deshalb schweigt sie lieber und wurschelt weiter an der Festigung des kapitalistischen Wohlfahrtsstaates, dessen Grundlage heute, das Wirtschaftswachstum, ernsthaft in sich in Frage gestellt ist. Die Wahlen in Schweden und der BRD, die von vornherein zum Scheitern verurteilte "Geheime Ermittlung

der Muttersprache" in Österreich und vieles andere mehr, sind Alarmzeichen für diese sozialdemokratische Strategie. Einer alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erschütternden Generalkrise stünde die Sozialdemokratie heute wehrloser und unvorbereiteter gegenüber als zur Zeit des Faschismus und Nationalsozialismus.

IV.

Zum Schluß als Illustration einige Probleme von grober ideologischer Kost, die nicht nur im bürgerlichen Unterbewußtsein zusammengebraut wird, sondern gleichzeitig die Kehrseite derselben Medaille ist. Was das "Volksblatt", die "Kirchenzeitung" oder "Profil" nicht ganz unverblümt aussprechen können, wird in Hunderten von Publikationen in Österreich wöchentlich und monatlich offenerzig und "allgemeinverständlich" ausgekotzt, aus den gleichen Kanälen werden die "seriösen" Organe finanziert und gespeist.

Den Kronen-Zeitung-Staberl schlägt die Hauszeitschrift eines jungen bürgerlichen Edelmannes, die sich bescheiden "Politische Briefe", in der Überschrift "Konservative Monatschrift", in der Unterschrift gar "Programm für ein nichtsozialistisches Österreich" titulierte. Die Privatparanoia des Herausgebers und Alleinautors hat journalistische Methode. Das Produkt wird aus der eigenen Tasche des rechten Idealisten kaum zu "derzahlen" sein. Ideologie als propagandistisches Gruselkabinett? Bitte:

KONSERVATIVE MONATSSCHRIFT

POLITISCHE BRIEFE

Programm für ein nichtsozialistisches Österreich

Mit Kreisky in die rote Diktatur
Eine Frage an Each Unternehmer:
Wollt Ihr „Euren allmählichen,
saufen Tod“?
Karl Steinhilber's Zukunftsbild
Das Bundesheer: letztes Opfer der
SP-Agitationszentrale
Bausing: Schweigen ist Gold
Wenn der Föbel an die Macht kommt ...
Karriere - Charakter - Gewinnung
Hannes Androsch wird Vizekanzler oder:
Wie man ein Volk verhöhnt
Leopold Gratz und das
Demokratieverständnis der SPÖ

Nr. 7-8/1976
1. Jahrgang
Preis: S 50,-

.... die Realität zu übertreffen

Stärker als tausend Kreiskys stehen die Gewerkschaften einer zügellosen kapitalistischen Sanierungspolitik im Wege. Am schönsten wären wieder Maschinengewehre, wie im 34er Jahr. Auf einen "blick" sieht das, zeitgenössisch betrachtet, so aus:



Auflage dieser Ausgabe: 40.000 Exemplare.

Zielgruppe: Angehörige freier Berufe und Manager.

Druck: WALDHEIM-EBERLE, Kurier-Zeitungsverlag und Druckerei-Ges. m. b. H. & Co. KG, 1070 Wien, Seideng. 3-11.

Es ist höchste Zeit, daß die Selbständigen Österreichs aus dieser aussichtslosen Defensivposition herauskommen.

Der erste Schritt dazu ist bereits getan: Eine Gruppe mutiger Wirtschaftstreiber und Angehöriger freier Berufe hat sich vor kurzem zusammengeschlossen und eine eigene Gewerkschaft, die „Gemeinschaft freier Selbständiger“ (GFS) gegründet, die zu einer schlagkräftigen Organisation ausgebaut werden soll. Zu einer Art politisches Maschinengewehr, mit dem außerhalb der bestehenden Ständeververtretungen – frei von jeglichen sozialpartnerschaftlichen Bindungen – eine Offensive für ein freies Unternehmertum in Österreich eingeleitet werden kann.

Die Strategie für eine solche massive Kampagne ist bereits fix und fertig ausgearbeitet. Auch ein modernes Polit-Management steht schon einsatzbereit. Es fehlen nur noch finanzielle Mittel.

Die Kirche fühlt sich durch das neue Ehe- und Familienrecht, durch die teilweise Freigabe der Abtreibung in ihren gesellschaftspolitischen Fundamenten erschüttert. Was die Bischöfe denken, aber nicht deutlich sagen können, macht die "Aktion Leben", schreiben die Macher katholischer Groschenblätter:

das Neue

Groschenblatt

90 Groschen, 15 Pf, 20 Rappen, 30 Lire

GOTT zum Gruß,

Hochwürdige Herren, liebe „Groschenblatt“-Freunde!

Über Nacht ist der Teufel in aller Munde, und die Hilflosigkeit, die sonst so selbstsichere Welt- und Christenmenschen plötzlich zeigen, ist ebenso rührend, wie die offene Leugnung Satans und der Dämonen durch etliche katholische Theologieprofessoren aufreizend ist.

„DAS NEUE GROSCHENBLATT“ widmet dem Thema deshalb in der kommenden November-Nummer eine vierseitige SONDERBEILAGE, die sich knapp, doch klar mit dieser gewiß nicht nebensächlichen Frage auseinandersetzt.

HELFEN SIE BITTE MIT, DIE WAHRHEIT ZU VERBREITEN!

Iberia-Prozeß:

Drei Monate bedingt für Antifaschisten

Für Neulinge bei einem politischen Prozeß: Sollte der Richter nicht vom Staatsanwalt zu unterscheiden sein - ersterer sitzt in der Mitte.

Drei Monate bedingt, das ist der Urteilsspruch 1. Instanz vom 4. November 1976 gegen zwei der Angeklagten im "Iberia-Prozeß". (Der dritte Angeklagte wurde vom Gericht nicht ordnungsgemäß vorgeladen und wird daher isoliert verhandelt ???)

Erinnern wir uns kurz:

Am 2. Oktober 1975 fand, wie bekannt, eine breite Spaniensolidaritätsdemonstration gegen die Hinrichtung von fünf spanischen Antifaschisten statt. Nach der Schlußkundgebung zogen rund 1500 Demonstranten zur staatlichen spanischen Fluggesellschaft "Iberia", um ihrer Empörung Ausdruck zu verleihen. Dieser stürmische Protest mündete in zerschlagenen Fensterscheiben der Fluggesellschaft. Dann kam der Polizeibefehl: "Räumen!" Auf der Strecke blieben Demonstranten und unbeteiligte Passanten. Der Gebrauch der "minder gefährlichen Waffe" – wie der Gummiknüppel im Polizeijargon heißt – sorgte bei diesem brutalen Einsatz für ganze Arbeit.

Sieben Personen, die zu langsam wa-

ren bzw. die nicht mehr laufen konnten, wurden festgenommen. Gegen drei von ihnen sind seit Mai dieses Jahres Gerichtsverhandlungen mit der Anklage auf "Widerstand gegen die Staatsgewalt" und "Schwere Körperverletzung" anhängig.

Ein Prozeß der Widersprüche

Bei dieser letzten Verhandlung zeigte sich die "Objektivität des Gerichts": Richter OLGR Dr. Schittenhelm erklärte nämlich, daß der Angeklagte T. M. es sich selber zuzuschreiben hätte, wenn das bisher doch so gute Verhandlungsklima nunmehr gestört sei. T. M. hatte nämlich ein Flugblatt, das zur Solidarität mit den Angeklagten aufrief und die Beweisführung dieses Prozesses aufzeigte, unterzeichnet.

Die Mängel und Widersprüche der vergangenen Verhandlungen traten bei dieser letzten Verhandlung wieder zu Tage. Schon die Identifikation hatte es in sich:

- + Die Polizisten hatten bei einer "Gegenüberstellung" unter einer einzigen Person den Angeklagten "herauszufinden".
- + Der einzige Zeuge der Anklage gegen T. M. "identifizierte" den Beschuldigten mit den Worten: "Wenn M. derjenige, der an der Demonstration teilgenommen hat und der damals lange Haare und Brille trug, ist, so möchte ich mich nicht festlegen, daß es derselbe ist, den ich festgenommen habe."
- + Die Geschichte mit dem verschwundenen Fernsehfilm, der die Mißhandlungen von M. H. zeigt (laut ärztlichem Attest: Schädelprellung, Rißwunden und Gehirnerschütterung) wurde bei dieser





Ost-West Dialog

Verhandlung nicht geklärt. Dieser Film konnte nicht als Beweismittel eingebracht werden, da er nach der Begutachtung durch die Staatspolizei im April 1976 verschwunden ist und für die Verteidigung unauffindbar blieb.

- + Der einzige "schwerverletzte" Polizist konnte bis heute an Stelle eines Attestes nur den Nachweis einer verschriebenen Salbe erbringen. Während der Verhandlung wanderte seine Verletzung vom Unterschenkel übers Knie auf den Oberschenkel und zurück. Die Frage, ob er mit einem Stein beworfen oder mit einem Betonblocken geschlagen wurde, konnte nicht geklärt werden. Die letzte Version war ein Wurf aus einem Meter Entfernung in die Kniegegend.
- + Der Angeklagte T. M. war laut Polizeibericht schon in Haft, als er wieder laut Polizeibericht seine Taten vollbracht haben soll.
- + Die Beweiskraft der Aussage jenes Polizisten, der nichts gesehen hatte, anerkannte der Staatsanwalt nicht. Schließlich habe ja die Mehrzahl der Wiener nichts gesehen.

Das hohe Gericht hat sich offenbar den Vorwurf, die politischen Hintergründe des Prozesses zu verschleiern, zu Herzen genommen. In seinem Plädoyer stellte der Staatsanwalt seine Ablehnung der Todesurteile fest. kritisierte aber die Einseitigkeit der Demonstranten ("gegen die kommunistischen Länder wird nie demonstriert. ").

nistischen Länder wird nie demonstriert. ").

Einer interessanten Beweislogik huldigten Staatsanwalt und Richter bei der Frage der Glaubwürdigkeit der Polizisten. Gerade die Widersprüchlichkeit der Aussagen der Polizisten beweise, daß keine Absprachen vorlägen und die Polizisten daher nicht die Unwahrheit sagen könnten. (Vielleicht hätten sich die Angeklagten mehr widersprechen sollen.) Zu diesem Punkte meinte Staatsanwalt Dr. Olscher, wenn man aus den

Widersprüchen des Polizisten Racher bei dessen Einvernahme durch die Verteidigerin von M. H. echte Konsequenzen ziehen wollte, müßte man ja annehmen, daß am Ring "überhaupt nichts los gewesen wäre." Messerscharfer Schluß: Der Polizist sagt die Wahrheit.

Der Staatsanwalt erteilte so nebenbei der Solidaritätsbewegung eine scharfe politische Rüge: Er philosophierte über die Verletzlichkeit von Personen durch die Zerstörung von Eigentum; stellte weiters fest, daß die "Iberia" ja nicht Privateigentum Francos gewesen sei und schwupps kam der Schluß: In Wirklichkeit wurde der spanischen Bevölkerung der eigentliche Schaden zugefügt.

Während des letzten Plädoyers schaute der Richter schon ziemlich nervös auf die Uhr und zog, während die Verteidigerin sich setzte, den vorbereiteten Spruch aus der Tasche: "Drei Monate bedingt". Als einer der Beschuldigten noch etwas sagen wollte, erklärte OLGR Schittenhelm die Verhandlung für geschlossen und drohte diesem, ihn mit Handschellen in den Arrest führen zu lassen.

Beide Angeklagte legten volle Berufung ein.

K. W. ★

Erziehung:

Brauchen Kinder „Affenmütter“ ?

In der Auseinandersetzung um die Möglichkeiten der Selbstentfaltung der Frauen und die Berufstätigkeit von Müttern spielen die Auswirkungen auf die Kinder große Rolle. Von den Gegnern der Frauenbefreiung wird immer wieder, und in letzter Zeit stärker, auf die "Notwendigkeit" der dauernden Anwesenheit der Mutter beim Kind hingewiesen und die wildesten Schäden bei Zuwiderhandeln ausgemalt. Über die Mutter-Kind-Bindung werden tausende Abhandlungen verfaßt und den "bösen" Müttern um die Ohren geschlagen. Damit werden viele Frauen, die Schritte zur Selbstentfaltung setzen wollen, überzeugt, "zugunsten" des Kindes auf eigene

Interessen zu verzichten. Denn welche Frau will schon von vornherein etwas tun, das schlecht für ihr Kind sein könnte.

Deshalb finde ich nachstehenden Artikel, der in "Arbeit & Wirtschaft" Nr. 10/76, abgedruckt ist, als beachtenswert. Außerdem gibt es viel zuwenig Material, mit welchem gegen den "Mutterkult" argumentiert werden kann und das hilft Schuldgefühle bei Frauen abzubauen, die keine Möglichkeit sehen dem vorgezeichneten "Mütterideal" zu entsprechen, so wie denen die diesem zwar nicht entsprechen wollen, aber nicht ganz von ihm loskommen.

Berufstätige Mütter sind keine schlechten Erzieherinnen

Konservative Gegner der Berufstätigkeit von Müttern versuchen immer wieder, den berufstätigen Müttern Mißerfolg und Ungenauigkeit in der Kindererziehung sowie neurotisches Versagen im Beruf und in der Familie nachzuweisen.

Wie wenig diese Vorurteile untermauert sind, unterstrich kürzlich der deutsche Wissenschaftspublizist Rüdiger Koch in seinem Buch »Berufstätigkeit der Mutter und Persönlichkeitsentwicklung des Kindes« (Pahl-Rudgenstein-Verlag).

Koch kommt in seiner Untersuchung zu dem Ergebnis, daß sich die außerhäusliche Erwerbstätigkeit von Müttern auf die Persönlichkeitsentwicklung ihrer Kinder nicht nur nicht negativ, sondern sogar positiv auswirkt.

»Nur-Hausfrauen sind, bedingt durch ihre insgesamt eingeschränktere Existenzweise, in ihrer Funktion bei der Erziehung weniger geeignet als erwerbstätige Frauen.«

Koch wandte sich in seinem Buch gegen zwei in Fachkreisen weitverbreitete theoretische Argumente, die gegen die Berufstätigkeit von Müttern sprechen:

● »Maternale Deprivation« heißt der erste Begriff, der soviel

wie »mütterliche Abwesenheit« bedeutet. Koch weist mit verschiedenen Methoden nach, daß die teilweise »Abwesenheit« der Mutter für die Entwicklung des Kindes nicht schädlich ist.

● Mit dem Begriff der »Dyade« umschrieb einst der Psychoanalytiker René Spitz die außerordentliche und ausschließliche Bedeutung der Mutter-Kind-Beziehung. Anhand verschiedener experimenteller Arbeiten seit Mitte der fünfziger Jahre weist Koch dagegen nach, »daß nicht«, wie Spitz und andere psychoanalytische Autoren meinen, »die affektive Beziehung zwischen Mutter und Kind entscheidende Voraussetzung für spätere Prozesse der sinnlichen Wahrnehmung und Welt-erfahrung ist, sondern umgekehrt die Befriedigung des Bedürfnisses nach Eindrücken (erst) ein Bedürfnis nach sozialem Kontakt und affektivem Austausch entstehen läßt«.

In einer statistischen Übersicht gibt der Autor des Buches auch Auskunft über Ausmaß, Art und gesellschaftliche Bedeutung der Frauen- und Müttererwerbstätigkeit. Er kommt dabei zu dem überraschenden Ergebnis, daß die Zahl der berufstätigen Mütter seit 1950 um nahezu 500% zugenommen hat.

Mehr Durchsetzungsfähigkeit

Die Tatsache, daß die Berufstätigkeit von Müttern einen positiven Einfluß auf die Entwicklung ihrer Kinder ausübt, belegt Koch mit den Ergebnissen einer Reihe von empirischen Untersuchungen, die »neben stärkerem Selbstbewußtsein und größerer Unabhängigkeit der Kinder von erwerbstätigen Müttern besonders die größere Leistungs- und Durchsetzungsfähigkeit, aber auch die besseren kognitiven Fähigkeiten dieser Kinder« betonen.

Rüdiger Koch wies weiters nach, daß Kinder berufstätiger Mütter im Durchschnitt bessere Noten nach Hause bringen als die Kinder von »Nur-Hausfrauen«. Die Erklärung dieses Phänomens liegt weniger in der Intensität von Nachhilfestunden als vielmehr in der geistigen Entwicklung und stärkeren Realitätsbezogenheit der Kinder, deren beide Elternteile berufstätig sind.

Je mehr ein Kind von der Außenwelt »abgeriegelt« und dementsprechend nur familienbezogen aufwächst, desto geringer sind seine Chancen, den realitäts- und berufsorientierten schulischen Anforderungen zu entsprechen.

Sicher wäre es günstiger, sich direkt mit dem zitierten Buch des Rüdiger Koch zu beschäftigen und auseinanderzusetzen, da obiger Artikel bestimmt nur Bruchteile bringt und bere its eine Meinung darstellt. Doch ist daraus ersichtlich, wie ideologisch gefärbt "wissenschaftliche" Erkenntnisse sind und daß auch andere Ergebnisse erarbeitet werden können. Welchem Zweck die "wissenschaftliche" Theorie der "Affenmütter" dient, kann sich jeder selbst vorstellen.

O. M.



„offensiv links“ FRAGEBOGEN

Wie in der letzten Nummer ist auch in dieser Ausgabe von **offensiv links** ein Fragebogen beigelegt. Die Redaktion ersucht alle jene Leser, die noch keinen Fragebogen ausgefüllt haben, nun die Gelegenheit zu ergreifen. Gleichzeitig wollen wir darauf hinweisen, daß bei den bisher eingegangenen Fragebögen das Verhältnis der weiblichen zu den männlichen Ausfüllern eins zu zehn beträgt! Also, Genossinnen, rafft's Euch auf!

Die Auswertung wird in einer der nächsten Nummern veröffentlicht werden.

Die Redaktion.



aspekte

herausgegeben von der bewegung für sozialismus
beiträge zur theorie und strategie der linken

61

seite 3



spanien
argentinien
paraguay

seite 16



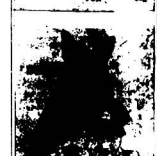
diskussion:
zur rolle der
kp's

seite 20



die linke in der
isolation

seite 22



brd:
widerstand
ungebrochen,
leben kaputt

Bestellungen an:
Sekretariat der BfS, 1040 Wien,
Belvederegasse 10



Gastarbeiter - Gastproletariat?

Die Theorie

Die offizielle Theorie des "Gastarbeiter"-Phänomens geht wie folgt:

Die "Gastarbeiter" sind arm und arbeitslos, weil sie aus industriell und wirtschaftlich unterentwickelten Ländern kommen. Diese Länder sind unterentwickelt, weil ihnen drei Dinge fehlen:

1. Kapital
2. eine Infrastruktur
3. ein Reservoir disziplinierter Industriearbeiter mit technischen Fähigkeiten.

Durch die "Gastarbeiter" können sie diese drei Dinge erhalten:

1. Die "Gastarbeiter" sparen ihren Lohn und können dann in der Heimat nationale Industrien damit aufbauen ("Devisentransfer"). Außerdem wird das westeuropäische Kapital in ihren Ländern investieren, sobald genügend zurückgekehrte "Gastarbeiter" dort als ausgebildete Industriearbeiter zur Verfügung stehen.
2. Transportrouten werden durch die neue Mobilität der Bevölkerung beansprucht und mit den Ersparnissen auch gebaut.
3. Im Ausland lernen die "Gastarbeiter" Fremdsprachen und technische Fertigkeiten sowie die notwendige Arbeitsdisziplin.

Somit bringt das "Gastarbeiter"-Phänomen allen Beteiligten Vorteile. Einige Kritiker warnen allerdings auch vor negativen Begleiterscheinungen und Gefahren:

- a) Das Vorhandensein billiger Arbeiter blockiert die Rationalisierung in der Industrie und hält den Fortschritt der Technologie auf.
- b) Die Konzentration der Industrie in zentralen Ballungsgebieten führt zu vermehrten Umweltschäden.
- c) Die Diskriminierung, die die "Gastarbeiter" erfahren, kann eventuell zu ihrer Radikalisierung führen. Auch können "Rassenkämpfe" entstehen, wie ansatzweise in England, Frankreich und Holland.

Die Wirklichkeit

Erstens: Es ist nicht wahr, daß alle "Gastarbeiter" ungelernete Arbeiter sind. Nach Westeuropa importiert werden, nach einer sorgfältigen Auswahl durch Büros der "Aufnahmeländer" in den "Ursprungsländern", die Besten, die Jüngsten, Gesundesten und am besten Ausgebildeten der Auswandererbereiten. Nach Angaben der Bundesarbeitsanstalt der BRD sind folgende Prozentsätze der "Gastarbeiter" ausgebildet:

Italiener	36,1 %
Türken	46,3 %
Portugiesen	23,0 %
Jugoslawen	30,1 %

Zweitens: Die tatsächlich ungelerten Arbeiter werden im Ausland nicht ausgebildet. Sie werden ja gerade deswegen "importiert", weil sie Arbeiten verrichten, die von einheimischen Arbeitern abgelehnt werden, und weil sie ungelernete und daher billig sind. Keiner hat Interesse daran, sie auszubilden: die Arbeitgeber nicht, weil es Geld kostet und sie keine gelerten Arbeiter brauchen; die Regierungen nicht, weil der Aufenthalt sich dadurch verlängert und das Rotationsprinzip schwierig wird; die Gewerkschaften nicht, weil die Ausländer damit zu Konkurrenten der inländischen Arbeiter werden könnten.

Drittens: Ersparte Löhne (Devisentransfers) werden nicht in Industrien investiert. Wohl verbessert sich kurzfristig die Zahlungsbilanz ihrer Länder, weil Schulden mit den Devisen gedeckt werden.

Da aber durch den Auslandsaufenthalt das Konsumbedürfnis gegenüber westeuropäischen Fertigprodukten gesteigert wird, und diese Produkte importiert werden müssen, verschlechtert sich die Situation langfristig. Außerdem wird die Landwirtschaft vernachlässigt, weil die Bevölkerung der Agrargebiete auswandert und der Druck nach Reformen geringer wird; das bedeutet, daß auch Lebensmittel verstärkt importiert werden müssen.

Folgende Tafel zeigt am Beispiel Italien, wofür die Ersparnisse ausgegeben werden:

Familien-Konsumbedürfnisse	73,2 %
Haus- oder Wohnungsbau	6,3 %
Ersparnisse	19,2 %
Sonstiges	1,3 %

von den Ersparnissen gelten:
1/3 für zukünftige Bauvorhaben oder den Kauf einer Wohnung
1/4 für zukünftige Familienkonsumbedürfnisse

Selbst der winzige Prozentsatz, der für Investitionen übrigbleibt, wird zum Großteil in der Bauindustrie angelegt, was weder zur Industrialisierung beiträgt, noch die Handelsbilanz verbessert.

	vor der Emigration	im Ausland
Landwirtschaft	24,8 %	6,6 %
Metallindustrie	5,7 %	13,7 %
Maurer	16,6 %	24,7 %

	nach der Rückkehr
Landwirtschaft	21,9%
Metallindustrie	6,6%
Maurer	17,2%

Nach der Rückkehr in die Heimat müssen die "Gastarbeiter" aus wirtschaftlichen und familiären Gründen in die Wirtschaftssektoren zurück, die sie verlassen hatten.

Fünftens: Westeuropäisches Kapital hat, wie Vertreter der Arbeitgeberverbände offen zugegen, nicht

"GASTARBEITER" IN ÖSTERREICH

In Österreich arbeiten ungefähr 250.000 angemeldete und eine nicht feststellbare Anzahl "illegaler" Ausländer.

Sie verdienen durchschnittlich:

	netto monatlich (1971)
im ersten Jahr	öS 2.950,-
im 2.-3. Jahr	öS 3.246,-
ab dem 4. Jahr	öS 3.748,-

(zum Vergleich: 1971 betrug der monatliche Durchschnittslohn der österreichischen Arbeiter brutto öS 6.050,-)

Sie sind in folgenden Wirtschaftsbereichen eingesetzt:

Eisen & Metall	13,8%
Kunststoff, Gummi	18,4%
Textil	13,6%
Baugewerbe	17,5%
Gastgewerbe	14,8%

Viertens: Ungelernte Arbeiter lernen in keinem nennenswerten Ausmaß technische Fertigkeiten. Gerade an diesem Punkt ist die Theorie vollkommen durchsichtig. Es ist lächerlich zu behaupten, daß beim Transportieren von Ziegelsteinen, bei der Müllabfuhr und den unqualifizierten Handgriffen am Fließband komplexe technische Fähigkeiten erworben werden, die dann zum Aufbau konkurrenzfähiger nationaler Industrien eingesetzt werden können.

Selbst in den wenigen Fällen, wo tatsächlich neue Fertigkeiten gelernt werden, finden diese nach der Rückkehr in die Heimat keinen Einsatz, da sich die Wirtschaftssituation nicht geändert hat und es nach wie vor keine dramatische Industrialisierung gegeben hat.


Die folgende Tabelle verdeutlicht das am Beispiel Süd-Europa:

die geringste Absicht, in den Ursprungsländern der "Gastarbeiter" zu investieren. Investitionsbedingungen sind in Lateinamerika, Hong Kong und Singapur viel günstiger. Die Doppelstrategie des Kapitals: Kapital zur Arbeit, Arbeit zum Kapital, die sich bereits im Zeitalter des Imperialismus bewährte, wird nun fortgesetzt. Damals holte man Arbeitskräfte (Sklaven) aus Afrika und brachte sie in die Kolonien Amerikas (Arbeit zum Kapital), während man andererseits in der "Dritten Welt" investierte (Monokultur in Indien und Ägypten). Auch damals brachte die Kooperation den betroffenen Ländern nur Unterentwicklung, Ruin und Abhängigkeit. Die Entsendeländer der "Gastarbeiter" sind sich der Gefahren bewußt, kooperieren aus verschiedenen



innen- und außenpolitischen Gründen:

- a) die Möglichkeit, potentielle junge Unruhemacher zu exportieren, stützt die Stabilität der betroffenen Regierungen. Hier wäre besonders die Türkei zu nennen.
- b) Devisen erlauben wenigstens kurzfristig eine Fortsetzung der Politik, Agrarreformen zu blockieren, erstens weil Güter importiert werden können, und zweitens weil die unzufriedene Landbevölkerung zum Auswandern ermuntert werden kann.
- c) Nationale Industrie profitiert von der Möglichkeit, periodisch arbeitslose Belegschaften en bloc ins Ausland zu "vermieten". (häufig praktiziert in Jugoslawien.)

Ch. B. 
(wird fortgesetzt)



Sozialwissenschaft, Frauen und Emigration

31,4 % der jugoslawischen Auswanderer sind Frauen. Ihr Anteil am Kontingent der "illegalen" Auswanderer dürfte noch höher sein. Während der größte Teil der Männer auswandert, um bessere oder besser bezahlte Arbeit zu bekommen, wandern 61,2 % der Frauen aus, um überhaupt Arbeit zu finden. Über ihre dreifache Ausbeutung (als Arbeiterinnen, als Ausländerinnen und als Frauen) schweigt die Fachliteratur, schweigen die Medien, schweigen meist auch linke oder "kritische" Publikationen. (So z. B. das Buch von Berger und Mohr, *Arbeitsemigranten*, Rowohlt 1976. Die Autoren: "Unter den Arbeitsemigranten in Europa gibt es ungefähr zwei Millionen Frauen. Um ihre Situation angemessen zu schildern, wäre ein eigenes Buch nötig... Das unsere beschränkt sich auf die Erfahrung der männlichen Arbeitsemigranten.")

Eklatante Lohnunterschiede – der durchschnittliche Gehalt von "Gastarbeitern" in der BRD ist DM 1.000,-, der von "Gastarbeiterinnen" etwas über DM 500,-, was umso schockierender ist, wenn man bedenkt, daß besonders die Jugoslawinnen, die

auswandern, durchschnittlich besser ausgebildet sind als männliche Auswanderer – berühren nur die Oberfläche der Diskriminierung.

Auch die zu Hause bleibenden Frauen sind in verschiedenen Aspekten vom "Gastarbeiter"-Phänomen betroffen, entweder weil sie mit den Kindern der Familie allein zurückbleiben, oder weil sie die Arbeitsplätze der ausgewanderten Männer übernehmen, bei deren Rückkehr aber gezwungen werden, sich wieder vom Arbeitsmarkt zurückzuziehen.

Schließlich sind auch die inländischen Frauen der Aufnahmeländer Westeuropas betroffen. Sie werden häufig durch die mobileren "Gastarbeiter" ersetzt; der Agglomerations-effekt führt dazu, daß die Industrie sich in Zentralgebieten, die von den Städten entfernt liegen, konzentriert und damit für inländische Arbeiter und Arbeiterinnen (besonders solche mit Halbtagsjobs) unerreichbar wird. Die traditionelle Rolle der Frauen als Reservearmee wird verstärkt von "Gastarbeitern" übernommen.

Am meisten benachteiligt jedoch sind die "Gastarbeiterinnen" und die

nicht-am-Arbeitsmarkt-arbeitenden Frauen von "Gastarbeitern", die als Hausmeisterinnen, Bedienerinnen, Serviererinnen, Küchenhilfen etc. oft unangemeldet und daher ohne selbst dem trivialen Schutz des Gesetzes arbeiten, die mehr noch als die Männer durch unvereinbare kulturelle Erwartungen belastet sind und zwischen traditioneller Unterdrückung und industrieller Ausbeutung gefangen sind.

Die Diskriminierung der Frauen ist geradezu ein Wesensmerkmal der modernen Sozialwissenschaft. Frauen werden entweder vollkommen aus der Untersuchung ausgeklammert (wobei die Ergebnisse allerdings dann sehr wohl für sie gültig sein sollen); wo sie aufscheinen, werden sie an männlichen Normen gemessen und zur "Abweichung" gestempelt.

Diese Vorgangsweise will die Frauengruppe der GAKU exemplarisch am Fall der "Gastarbeiterinnen und Emigrantinnen" demonstrieren und kritisieren, um daraus alternative Methoden zu entwickeln.

Interessenten/innen können über "offensiv links", 1020 Wien, Franz Hochedlingerg. 6, Tel. 33 83 374, mit uns Kontakt aufnehmen.

Die "Professoren" und "Professorinnen" der ARENA-Universität laden Euch ein, den Fremdsprachenkurs "Wissenschaftologisch" zu inskribieren.

Die erste Folge des Korrespondenzkurses behandelt - den Fachjargon in Sachen "Gastarbeiter".

Bluffworte für das Sozialwissenschafts-Vokabelheft

ROTATIONSPRINZIP -

Die "Gastarbeiter" werden heimgeschickt und durch neue ersetzt, sobald sie:

1. lange genug da gewesen sind um gewisse Rechte z. B. bezüglich Aufenthalt erworben zu haben
2. genug Deutsch gelernt haben um diese Rechte lästigerweise auch zu fordern
3. ihre Familien nachkommen lassen könnten, die ja dann auch wo wohnen müßten, in die Schule gingen usw.
4. die Situation einigermaßen durchschaut haben und aufmüppig werden könnten.

AGGLOMERATIONSEFFEKT -

Weil es mobile Arbeitskräfte wie die "Gastarbeiter" gibt, kann sich die Industrie in zentralen Ballungsgebieten sammeln. Ironischerweise verhindern dadurch die "Gastarbeiter" selber, daß westeuropäisches Kapital jemals in ihren Ländern investieren wird.

INFRASTRUKTURBELASTUNG -

die "Gastarbeiter" sind so unverschämt, Wohnungen, Schulen, öffentliche Transportmittel und soziale Einrichtungen zu beanspruchen, nur weil sie genau soviele Steuern zahlen wie inländische Arbeiter.

KONTAGIONSTHEORIE -

diese soziologische Theorie besagt, daß - wenn ein bestimmtes numerisches Verhältnis zwischen Inländern und Ausländern besteht, die Chancen für Kontakt und Kommunikation größer sind. Das Wort "Kontagion" bedeutet interessanterweise "Ansteckung" - wie bei Grippe und anderen Krankheiten.

KONJUNKTURANREGUNG DURCH KONSUMVERHALTENSANPASSUNG -

Die "Gastarbeiter" hoffen, ihren niedrigen Status durch den Kauf von "Prestigeobjekten" (Autos, elektrische Geräte usw.) zu verbessern. Wenn sie dann nach Hause fahren sind sie nicht mehr arm und arbeitslos - sie sind arm, arbeitslos und Besitzer eines Fernsehers.

Das hat noch den zusätzlichen "Vorteil", daß ihre Devisen (ersparte Löhne) in den "Aufnahmeländer" bleiben oder daß Produkte dieser Aufnahmeländer damit gekauft werden.

PARTIELLE INTEGRATION -

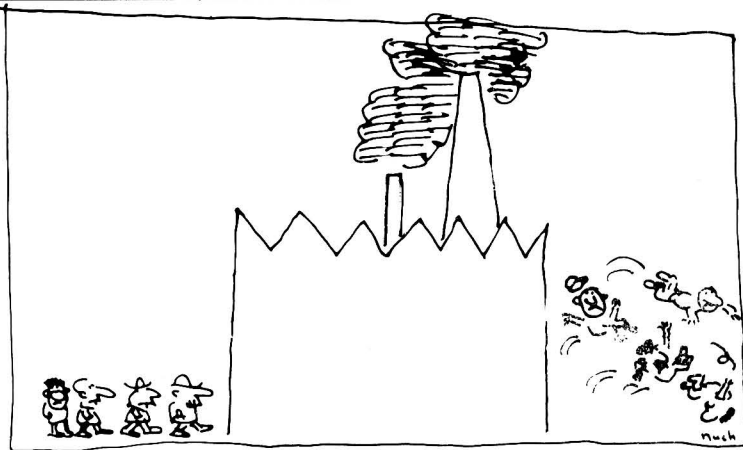
Die Kinder von "Gastarbeitern" werden gerade soviel integriert, daß sie eventuell (bei Bedarf) eine zweite Generation von billigen Arbeitern liefern können, aber nicht so sehr, daß man sie nicht sofort wieder abschieben könnte, wenn man sie dann doch nicht braucht.

A. A. N. - Ausländische Arbeitnehmer

Diese Abkürzung ist in Fachschriften sehr beliebt, weil:

1. der Ausdruck "Gastarbeiter" allmählich doch zu zynisch klingt
2. Buchstaben so schön abstrakt, wertfrei und neutral wirken.

Wer käme auf die Idee, daß es sich um Menschen handelt? Wer kann sich mit einem A. A. N. identifizieren und solidarisieren? Wer kann über die "Rechte der A. A. N." reden?



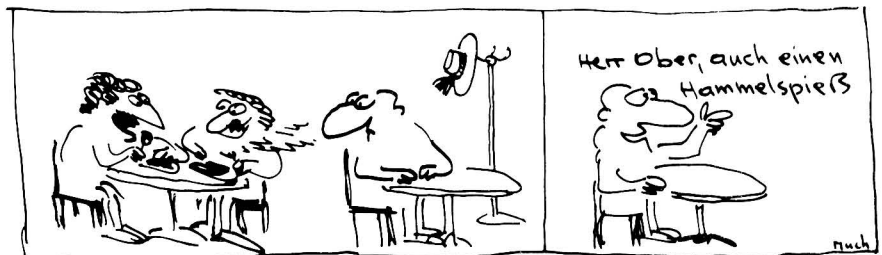
Rotationsprinzip



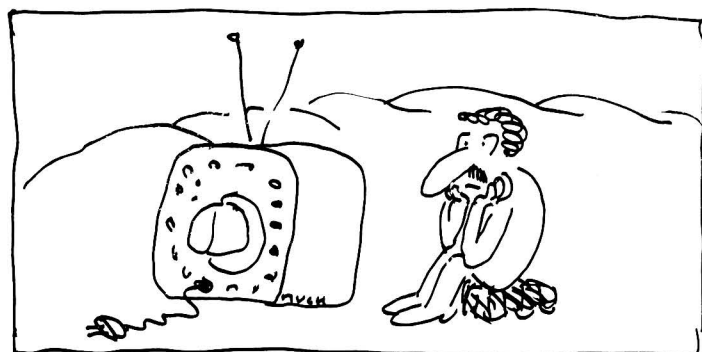
Infrastrukturbelastung



Partielle Integration



Kontagionstheorie



Konjunktureregung durch Konsumverhaltensanpassung



A. A. N.

Wirtschaftsnobelpreis: Pinochet statt Sozialismus

Ein großer Denker ist für seine brillanten Leistungen auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften belohnt worden: Milton Friedman, geistiger Führer der Chicagoer Schule, wurde zum Träger des Nobelpreises für Ökonomie auserkoren. Der Einfluß des auf diese Weise Geehrten wird dadurch noch steigen, weniger denn je werden die Ökonomen um ihn und sein Gedankengebäude herumkommen. Wir wollen zeigen, daß es auch politisch nicht sehr klug ist, Friedmans Theorien als dumm und realitätsfremd abzutun.

Milton Friedman war immer ein Verfechter der Freiheit. Wir nehmen uns jetzt auch eine Freiheit heraus: Die Freiheit zu unterstellen, daß mit der Verleihung des Nobelpreises nicht nur wissenschaftliche Leistungen anerkannt werden, sondern daß damit auch Politik betrieben wird.

Nach der Friedman'schen Theorie muß die rasche Ausweitung der Geldmenge bekämpft werden, die eine Folge der Budgetdefizite ist. Daher müssen die Defizite beseitigt werden. Wie macht man das? Wegen der kommunistischen Gefahr kürzt man sicher nicht die Militärausgaben, wegen der Autolobby sicher nicht den Ausbau des Straßennetzes, wegen der steigenden Kriminalität sicher nicht die Ausgaben für "innere Sicherheit".

Bleiben also, ganz zufällig, die Ausgaben für Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit. Das ist das sympathische am Friedman'schen Monetarismus: man weiß gleich, was mit Budgetkürzung gemeint ist und was nicht.

Der Staat soll sich draußen halten, denn die Wirtschaft wird ohnehin immer von allein gesund und sauber. Denn sein Eingreifen mit fiskal- und geldpolitischen Instrumenten bringt erst die Unsicherheit, durch die die aufgetretenen Instabilitäten im privaten Sektor erst verschärft werden. Nur ohne Staat wird die "Wirtschaft" gesund. (Und die bösen Marxisten verschwinden auch von den Unis, wenn die Ausgaben für Bildung drastisch gekürzt werden; und zum Football-Spielen braucht man sie ja nicht), Die

Gescheiten werden sich schon durchsetzen, daher zahlt man am besten keine Stipendien. Die Arbeitslosen werden durch die Unterstützungen ohnehin nur übermütig und halten das Lohnniveau hoch, was für die "Wirtschaft" schlecht ist. Und die Kranken sind eh nur eine Belastung für die "Wirtschaft", die lebensfähigen (= Reichen) unter ihnen werden schon von allein gesund (über ihre dicke Brieftasche). Die anderen sollen froh sein, daß sie eines natürlichen Todes sterben dürfen.

Aber Milton Friedman war nicht nur Berater für amerikanische Wirtschaftspolitik. Vor drei Jahren erhielt er die Gelegenheit, eine andere Regierung beraten zu dürfen: die Mörderjunta in Chile. Sehen wir uns an, wie Theorie und Praxis am Fall Chiles aussehen.

Die Vertreter der Chicagoer Schule sind Monetaristen. Sie sind überzeugt, daß alles Übel in der Wirtschaft nur vom Staat kommt. Würde er sich aller Eingriffe enthalten, so wäre alles bestens. Denn die freie Wirtschaft regelt sich selbst, Alles funktioniert harmonisch, alles folgt technisch vorgegebenen, unverrückbaren Gesetzen. Die Löhne entsprechen dem Grenzprodukt der Arbeit, der Zinssatz dem Grenzprodukt des Kapitals. Wer sich gegen diese Gesetze auflehnt, gefährdet die Harmonie in der Wirtschaft.

Bei dieser Betrachtung gibt es zahlreiche Probleme gar nicht. Die Ein-

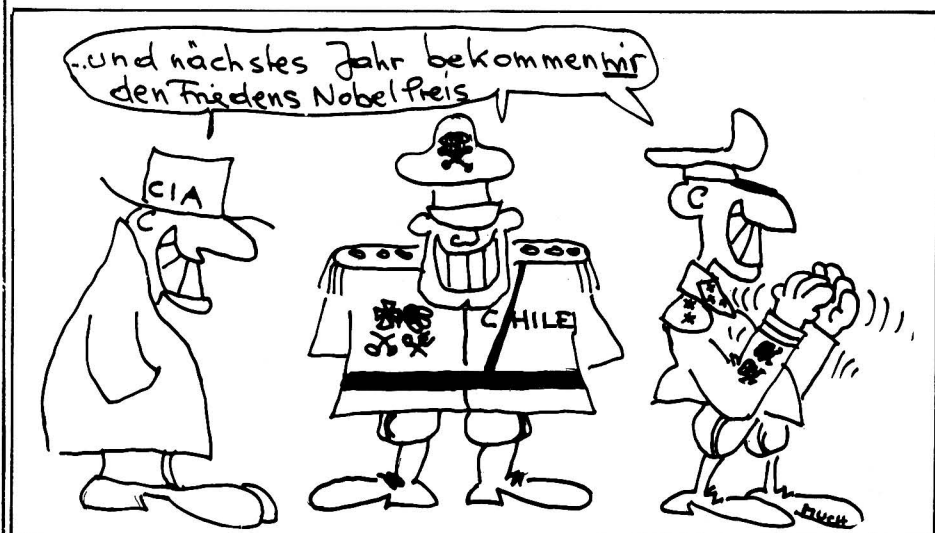
kommensverteilung etwa ist kein wirtschaftspolitisches Thema, sie ist ja technisch vorgegeben, daran ist nicht zu rütteln. So können die Chicagoer ganze Bücher über die wirtschaftliche Entwicklung Südamerikas schreiben, ohne die Einkommensverteilung auch nur zu erwähnen.

Auch die Besitzstruktur kommt nicht vor. Modernisierung der Landwirtschaft ist daher auch kein Problem der Landverteilung, sondern nur noch eine Frage des Düngemittelinputs.

Nach Meinung der Monetaristen hat der Staat nur zwei Aufgaben: 1. Regelung der Geldmenge. 2. Der Staat muß eingeschränkt werden, das Budgetdefizit muß beseitigt werden. Diese Wirtschaftspolitik wird als shock treatment bezeichnet.

Auch Allende hat schockiert: die US-Konzerne, indem er sie verstaatlicht hat, oft entschädigungslos. Das ist auch ein Schock für einen echten liberalen Ökonomen. Daher empfehlen die Chicagoer, die Unternehmen entweder zurückzugeben oder nachträglich hohe Entschädigungen zu zahlen.

Seit drei Jahren schockiert Pinochet mit Hilfe Friedmans die Chilenen: Lehrer und Ärzte wurden entlassen, alle Sozialzuwendungen abgebaut, Polizisten und Soldaten aufgenommen, die Arbeitslosigkeit liegt mittlerweile - offiziell! - bei über 20 Prozent. die Inflation - die zu bekämpfen Friedman ja ausgezogen ist - hat unvorstellbare Ausmaße erreicht, zeitweise war sie die höchste der Welt. (Gegenwärtig bastelt eine andere Mörderjunta, die in Argentinien, an der höchsten Inflationsrate der Welt.) Zum Unterschied von der Allendezeit sind die Geschäfte jetzt voll - aber



nicht weil mehr produziert wird, sondern weil niemand mehr Geld hat, um zu kaufen.

Aber Milton Friedmans Freiheit wird durch die Junta gewahrt: die Freiheit der Preise, zu steigen, die Freiheit der Löhne, zu sinken, die Freiheit der Unternehmer, auch weiterhin nicht zu investieren und Arbeiter zu entlassen, die Freiheit der Chilenen, weniger Brot zu essen und weniger Milch zu trinken, die Freiheit der US-Konzerne, in Chile die höchsten Profite in allen südamerikanischen Ländern zu machen.

Jetzt bekommt der Staat auch wieder Aufgaben: er muß Unruhen unterdrücken, Angst und Schrecken verbreiten, die Normalauslastung der Konzentrationslager garantieren, Arbeiter- und Bauernorganisationen zerschlagen.

Portugal:

Konstanter Rechtskurs der PS

Und wie die bürgerlichen Parteien, sobald sie die geringsten Siege erfochten haben, vermittels des gesetzlichen Fortschritts zwischen der Scylla (1) der Revolution und der Charybdis (1) der Restauration durchzulavieren suchen, davon haben wir in der letzten Zeit Exempel genug gehabt.

Friedrich Engels (1871)

(1) Im Altertum von der Schiffahrt gefürchtetes Riff und Meeresstrudel bei Messina.

Der Kampf zwischen dem "rechten" und dem "linken" Flügel der Sozialistischen Partei Portugals (PSP) scheint vorerst entschieden: Die Gallionsfigur der linken Sozialisten, Landwirtschaftsminister Lopes Cardoso, wurde am 3. November auf dem Parteitag in Lissabon nicht mehr in den Vorstand gewählt und demissionierte einen Tag später von seinem Ministerposten. Dafür wurden einige Delegierte, die 1974 wegen ihrer zu großen Rechtstendenzen aus der Parteileitung ausgeschieden waren, erneut in dieses Gremium gewählt. Cardosos Niederlage ist die Niederlage der Gewerkschaftsvertreter, auf deren Liste er kandidiert hatte und welche nur ein Viertel der Delegiertenstimmen erhielt.

Parteivorsitzender und Regierungschef Mario Soares, dessen Linie sich auf dem Parteikongreß wieder durch-

Milton Friedman muß sich um das alles nicht kümmern. Er ist "Beobachter", und er beobachtet wissenschaftlich. Einiges – wie Folterungen, Arbeitslosigkeit und Hunger – ist ihm dabei sicher entgangen. Ihn treffen ja keine der von ihm verordneten Maßnahmen. Er wird nicht entlassen, und sein Honorar erhält er in Dollars und nicht in Pesos. Nach einer Information der Süddeutschen Zeitung vom Juli 1975 sind die Chicagoer in Chile an Spekulationsgeschäften beteiligt. Theorien, die für die Wirtschaftspolitik faschistischer Regime herhalten, sind nicht einfach falsch. Sie sind ein Mittel der Unterdrückung, nur unter diesem Gesichtspunkt können sie gesehen werden.

(gekürzt aus: "Roter Börsenkrach") ★

gesetzt hatte, erklärte: "Die Arbeiterkommissionen und Gewerkschaften müssen begreifen, daß es eine Zeit für Forderungen gibt und eine Zeit, in der die Wirtschaft stabilisiert werden muß." Fragt sich nur auf wessen Kosten. Die "Europareife" für dieses unterentwickelte Land, die Eintrittskarte in die EWG, wird teuer zu stehen kommen.

„Den Konsum verringern und die Produktion erhöhen“

Das portugiesische Handelsdefizit, über dessen kontinuierliches Steigen zur Zeit der Regierung Vasco Gonçalves vor einem Jahr in den österreichischen Massenmedien Krokodilstränen vergossen wurden, wächst unbeachtet von der heimischen veröffentlichten Meinung munter weiter. Nach offiziellen Schätzungen wird es für 1976 umgerechnet 19,25 Milliarden Schilling betragen. Zur Heilung der kranken Wirtschaft hat das Kabinett Soares ein beinhardt Sparprogramm unter der Devise "den Konsum verringern und die Produktion erhöhen" verordnet. Auf lebensnotwendige Güter wird

eine Zusatzsteuer zwischen 20% und 30%, auf Luxusgüter unter die beispieelsweise Wein, Tabak, Kosmetika fallen, 60% aufgeschlagen. Hinzutreten neben Importrestriktionen Tarifierhöhungen bei öffentlichen Verkehrsmitteln und Beitragssteigerungen für Sozialleistungen.

Die Verkrüppelung des Kapitalismus durch die Ära faschistischer Diktatur, die die Auswirkungen der weltweiten Rezessionsperiode für Portugal multipliziert, ist für die Sozialistische Partei Anlaß und Ausrede zugleich, "nicht zu schnell" in Richtung Sozialismus zu marschieren. Einstweilen noch mit Erfolg kann Mario Soares seine Getreuen um sich scharen und warnt, ebenso Meister der politischen Demagogie wie ein ihm befreundeter ausländischer Parteichef (na wer wohl?), daß nach ihm die Diktatur ausbräche. Einst drohte er mit den Linken, heute mit den Rechten: "Lissabon ist nicht Prag geworden. Es darf auch nicht Santiago de Chile werden."

Die Furcht vor einem rechten Staatsstreich ist tatsächlich unbegründet solange die SP die Kapitalinteressen so gut vertritt. Im Gegenteil, die frühere "Demokratische Volkspartei" (PPD), die sich auf rechte Kleinbürger stützt, sieht immer mehr ihre Felle davonschwimmen und hat sich deshalb auf ihrem – übrigens zur selben Zeit wie von der SP – abgehaltenen Parteitag in "Sozialdemokratische Partei" umbenannt. Ihr Vorsitzender heißt dennoch weiterhin Sa Carneiro und saß bis 1973 in der faschistischen "Nationalversammlung". Für eine kapitalistische Modernisierung, die nach der langen Diktatur der Rechten und dem kurzen aber dennoch nicht wirkungslos gebliebenen Aufflackern linker Initiativen eben nur in sozialistischem Gewande vor sich gehen kann, müssen alle an einem Strang ziehen.

Politische „Moralisierung“

Das taten PSP, PPD und die Rechtspartei CDS schon bei der gemeinsamen Wahlempfehlung für den am 27. 6. gewählten Staatspräsidenten General Eanes. Die Minderheitsregierung Soares ist aber weiterhin auf die Unterstützung anderer Parteien angewiesen; für ihr Programm braucht sie das Wohlwollen der Bürgerlichen. Die-





General Ramalho Eanes – „Ich bin ein Freund, kein Anhänger Spínolas“

ses erhielt sie auch beispielsweise für die "Moralisierung der Schulen":

Die im Jahre 1974 begonnene Alphabetisierungskampagne zur schrittweisen Tilgung der Analphabetenrate von fast 40% und die partielle Entfaschisierung des Lehrerstandes, erlaubte es noch nicht diplomierten Lehrern, z. B. Studenten, zu unterrichten. Durch eine Gesetzesnovelle ist dies seit Beginn des Schuljahres 1976/77 nicht mehr möglich. Mehr als zehntausend provisorische Lehrer wurden entlassen und – wenn überhaupt – durch Lehrer aus der faschistischen Periode Portugals bzw. durch Angolaflüchtlinge ersetzt. Im Unterrichtsministerium selbst wurde eine Säuberungsaktion gegen die dort zahlreich beschäftigten Mitglieder der KP durchgeführt.

Diese Kommunistische Partei Portugals, die seit dem Putsch der MFA gegen das Caetanoregime das politische Ränkespiel meist der Mobilisierung für konkrete Problematik vorgezogen hat, verheddert sich immer mehr in ihren eigenen taktischen Manövern. Gegen die Rückgabe von

"widerrechtlich besetzten" Latifundien an ihre ehemaligen Besitzer im einstmaligen "roten Alentejo" hat die KP kaum verbal Stellung genommen.

Dabei gehörte die Vorantreibung der Landreform zu ihren wesentlichen Verdiensten. Einzig die "Dynamisierungsgruppen der Volkunion", entstanden zur Unterstützung der Präsidentschaftskandidatur Otelo de Carvalhos, setzten sich ihren Kräften entsprechend zur Wehr. Vor allem gegen die "Conföderation der Agrarier Portugals" (CAP), einer reaktionären Standesvertretung von Groß- und Mittelbauern, die die Landreform, aus Konkurrenzangst vor den beachtliche Produktionsfortschritte zeigenden Selbstverwaltungskollektiven, gänzlich rückgängig machen möchten. Diese Vereinigung muß wohl auch die Abwahl von Landwirtschaftsminister Cardoso als Erfolg für sich buchen, stand er doch lange genug in ihrem Kreuzfeuer. Doch könnte sich dieser "Sieg" der CAP allzuleicht gegen sie selbst richten. War es doch Cardosos relativ fortschrittlicher Politik gelungen, die SP als das kleinere Übel darzustellen, die die Landre-

form garantierte, wenn nur keine "zu exzessiven Forderungen" gestellt würden. Auf diese Weise, und durch Unterstützung landwirtschaftlicher Fachkräfte, konnte die SP so 32 einst selbstverwaltete Kooperativen unter ihre Kontrolle bringen. Diese Erfolgsserie der Sozialisten wird sich unter einem neuen, "gemäßigteren" Landwirtschaftsminister aber kaum durchhalten lassen.

Ähnlich gelagert ist der Problemkomplex bezüglich der besetzten Häuser, aus denen die Besetzer jetzt systematisch verjagt werden. Am 12. 9. 1974 verfügte ein Gesetz, um die Immobilienspekulation zu steuern, daß alle freien Wohnungen und zu einem ihrem Zustand entsprechenden Preis vermietet werden müssen. Doch das Gesetz bestand meist nur auf dem Papier und mehr als 500.000 Familien mußten weiter unter entwürdigenden Bedingungen hausen. Daher legalisierte die Regierung Vasco Gonçalves alle Besetzungen für den Fall, daß die Hauseigentümer sich weigerten, dem Gesetz entsprechende Mietverträge abzuschließen. Vor kurzem sind nun von der Regierung Soares die ersten Besetzerfamilien aufs Pflaster geworfen worden.

Änderung durch die Gemeinderatswahlen?

Im Dezember sind die nächsten Wahlen. Aus ihnen werden die Gemeindeverwaltungen hervorgehen. Werden Mario Soares und die SP ihren verdienten Denkkzettel bekommen? Wird der Parteivorsitzende weiterhin seine Domperteurnummer auf dem Schwebebalken durchführen, die Sozialisten von links und rechts zusammenhalten können? – Alle dissidenten SP-Fraktionen sind bis jetzt gescheitert, da die von Soares einmal tiefrot einmal tiefschwarz an die Wand gemalte Gefahr von außen das Parteifußvolk bei der Stange hielt.

Das würde sich sicher durch einen spürbaren Wahlmißerfolg ändern. Ein Mißerfolg, der angesichts der sozialen Demagogie der SP, die beispielsweise den vergleichsweise hohen Lebensstandard der BRD als Resultat sozialistischer Politik ausgibt, und dem Fehlen verankerter linker Alternativen, wenig wahrscheinlich ist.

R. H.



wir haben zeit für dich

INFO CENTER

jugendinformationszentren

sozialarbeiter, sozialpädagogen, rechtsberater und
psychologen helfen bei kleinen und großen problemen

unbürokratisch, klubatmosphäre, popmusik

information und beratung sind kostenlos und anonym

info 1 – tel. 57 72 21
wien 6, damböckgasse 1

info 2 – tel. 46 86 69
wien 17, rötzergasse 29

montag bis freitag von 12 bis 19 uhr

wir helfen, informieren, beraten

USA:

Gummiarbeiter sind zähe Burschen

Der monatelange Streik der 60.000 amerikanischen Gummiarbeiter in den Reifenkonzernen Goodyear, Firestone, Uniroyal und Goodrich kann als erste große Kampfmaßnahme der amerikanischen Gewerkschaften angesehen werden, die international geführt worden ist. Sie stellt einen Test der Föderation von Gummi- und Fabrikarbeiterverbänden (ICF) in 55 Ländern dar, gemeinsam den "Multis" auf die Zehen zu steigen, sie "mit einer gleichen und symmetrisch starken Macht zur Niederlage zu bringen". Um was ging es?

Die in der United Rubbers Workers (URW) organisierten Arbeiter verlangen Gleitklauseln zur automatischen Erhöhung der Löhne bei einem bestimmten Preisanstieg der Lebenshaltungskosten. Das ist nicht mehr als recht und billig, denn die Tarifverträge laufen drei Jahre. Als Alternative schlagen sie Tarife mit einjähriger Laufzeit nach deutschem Vorbild vor. Außerdem sollen Lohnunterschiede beseitigt werden und die Werktätigen wollen selbst entscheiden, ob Überstunden sinnvoll sind. Langfristig besteht die Gefahr, daß technologische Veränderungen viele Arbeitsplätze wegrationalisieren. Weiters versuchen die Konzerne Produktionsstätten in Länder mit niedrigen Löhnen zu verlegen, um bei steigender Erzeugung die Mehrgewinne ausschließlich für die Kapitaleigner zu retten.

Die Arbeiter wollen außerdem eine systematische Erforschung giftiger Stoffe. Die gesundheitlichen Gefahren bei der Verarbeitung von PVC und das Auftreten von Leukämie als Folge des Umgangs mit Benzol sowie die überdurchschnittlich hohe Sterberate durch Krebs bei Arbeitern in der Gummiindustrie, haben sie alarmiert. Das Endziel der Gewerkschaften in diesen Produktionsbereichen kann nur darin liegen, die Produktionstechnik zu kontrollieren.

Unterstützung fanden die amerikanischen Arbeiter in vielen Ländern, vor allem bei den Hafentarifarbeitern. Es kam

zu Sympathiestreiks. Die brasilianischen Gewerkschaften protestierten gegen Überstundenanordnungen, die japanischen Kollegen drohten mit Kampfmaßnahmen. Die IG Chemie, Papier, Keramik forderte ihre Mit-

glieder auf, Überstunden abzulehnen.

Die Wirkung der internationalen Solidarität war spürbar, in den US-Läden gab es zeitweise keine Autoreifen mehr zu kaufen und seit Juni mußten Autofabriken neue Wagen ohne Ersatzreifen ausliefern. Die Firma Firestone hat als erste einen Mustervertrag vorgelegt, der die Erhöhung des Stundenlohnes um einen Cent bei einem Anstieg des Lebenshaltungskosten-Index um 0,03 Prozent vorsieht. Auch die übrigen Firmen dürften sich in diesen Tagen konzessionsbereit zeigen.

C. ★



Thailand:

Der nächste Dominostein wackelt

Am Mittwoch, den 6. Oktober 1976 hat ein Militär-Putsch in Thailand die Rechts-Diktatur wieder eingeführt. An diesem Tag hat ein Heer von Polizisten mit schweren Waffen die Tammasat-Universität in Bangkok unter Beschuß genommen. Zweitausend bis dreitausend Studenten hatten sich auf dem Universitätsgelände versammelt, um gegen die Rückkehr des ehemaligen Premier-Ministers und Diktators Feldmarschall Thanom zu protestieren. Am 14. Oktober 1973 wurde er durch Massendemonstrationen zum Rücktritt und Verlassen des Landes gezwungen. Am 19. September 1976 kehrte er in der heuchlerischen Aufmachung eines buddhistischen Mönchs zurück. Die Polizei wurde beim Angriff auf die Universität von 2.000 Angehörigen bewaffneter rechtsextremistischer

Polit-Banden unterstützt, die durch die thailändischen Militärs nach CIA-Manier rekrutiert wurden. An die hundert tote und dreihundert verletzte Studenten waren die Opfer der Militärfaktion, die als Auftakt zum Rechtsputsch dienen sollte. An die 5.000 Personen, vorwiegend Studenten und Intellektuelle, wanderten in Konzentrationslager.

Die Verfassung wurde außer Kraft gesetzt und Kriegsrecht über das ganze Land verhängt. Politische Parteien, Gewerkschaften, Streiks und Versammlungen wurden für ungesetzlich erklärt, Zeitungen verboten, Bücher und Broschüren eingezogen und verbrannt. Das Land wird vom National-Administrativen-Reform-Komitee, bestehend aus vierundzwanzig älteren Militärs, regiert, dem ein ziviles

Beratungs-Komitee zur Seite stellt, zusammengesetzt aus Geschäftsleuten, Bankiers und Technokraten. Oberster Chef ist zur Zeit Admiral Sangad.

Wem nützt der Putsch

Der Putsch war von langer Hand geplant. Die Putschisten und die ihnen nahestehenden Kreise sind durchwegs die großen Landbesitzer, Monopol-Kapitalisten, die Militär- und Staatsbürokraten alten Schlags. Ihre Macht, ihr Reichtum und ihre Privilegien wurden unter den ununterbrochen vierzig Jahre andauernden Militärdiktaturen angehäuft und gefestigt. Sie sahen ihre Interessen immer mehr durch Initiativen der Volksmassen und demokratischer Kräfte während der bisher längsten Periode einer Zivilregierung in den vergangenen drei Jahren bedroht und angegriffen. Sie betrachteten ihr eigenes Überleben immer schon als das Interesse der "gesamten Nation", sabotierten im Inneren wie im Äußeren die Arbeit der Regierungskoalitionen und organisierten politische Terror-Gruppen (wie die "Wilden Bullen"), faschistische, paramilitärische Einheiten (wie "Nawaphon") und förderten Massenbewegungen mit ultra-rechter Ideologie unter Losungen wie "König-Religion-Nation". Allein in den letzten 18 Monaten wurden 30 Bauernführer im Norden Thailands ermordet. Die Radiostation der Ultra-Rechten, von einem aristokratischen Militär geleitet, hämmerte in hysterischen Aufrufen ihren Zuhörern die Notwendigkeit von 30.000 Toten ein, um zur ersehnten Neugeburt der Nation zu kommen.

Wachsender Druck von unten

Volksbewegungen auf dem Land übten Druck auf die Regierung aus, die Bodenrente unter Kontrolle zu bringen und eine Landreform in Angriff zu nehmen; um einen Mindestlohn festzusetzen; um die in schwindelnde Höhen steigenden Lebensmittelpreise zu stoppen. Wachsender Druck von unten zwang die Regierung, einen Termin für den endgültigen Abzug der US-Truppen zu benennen (Juli dieses Jahres); und um Konzessionen, die multinationalen Konzernen gewährt wurden, zu annullieren. Eine Kommission zur Untersuchung von

Korruptionsfällen mußte von der Regierung eingesetzt werden - und das in einem Land, wo die älteren Militärs, die Polizei und die Bürokraten bis zu den Ohren in jeder Art von Korruption stecken: Rauschgifthandel, Prostitution, Unterschlagung öffentlicher Mittel, Bestechungsaffären etc. etc. Auch sonst ist sozialer Sprengstoff reichlich vorhanden: Bei einem Bevölkerungswachstum von 3,2 Prozent (das ist eine der höchsten Raten der Welt), gibt es immer weniger Land, immer weniger Arbeit, immer weniger Nahrung. Der Drang in die überquellenden Städte, in denen das Verbrechen wächst, verstärkt sich.

Das Volk lernte schnell aus den Erfahrungen des Kampfes und aus den Fehlern der Regierung. Es wurden Organisationen der Arbeiter, der armen und mittleren Bauern, der fortschrittlichen Studenten und Intellektuellen gegründet. 600.000 Arbeiter in und um Bangkok steikten und demonstrierten im heurigen Frühjahr gegen den steigenden Preis des Reises. Die wachsende Mobilisierung des Volkes gegen die Rückkehr des früheren Diktators Thanom und dessen Polizeichef General Praphas erfaßte in den letzten zwei Monaten alle Schichten und wurde angeführt vom nationalen Studentenzentrum Thailands, dem Arbeiterrat Thailands, der Bauernföderation Thailands, verschiedener Frauengruppen, Mittelschülern, Lehrern, Universitätsprofessoren, Rechtsanwälten und Buddhisten. Die Ultra-Rechte antwortete mit Provokationen, an deren Ende die Ermordung und Hängung zweier



Elektrizitäts-Arbeiter stand, die in der Nacht Protestplakate gegen Thanom affischierten. Die schauspielerische Darstellung dieser Provokation durch Studenten, unter denen einer wie der Kronprinz aussah, wurde wiederum ausgeschlachtet als versteckte Morddrohung gegen die Königsfamilie, die in Thailand Tabu ist. Aber der Zeitablauf muß vor dem eigentlichen Hintergrund gesehen werden, der zu benennen ist durch den Hinauswurf der US-Truppen, die laufenden US-Wahlen und den raschen Fortschritt der Regierung bei der Herstellung und Festigung korrekter Beziehungen zu den neuen sozialistischen Ländern in Indochina.

Neuer Linksputsch in der Armee und/oder Aufschwung des Guerillakriegs?

Die neuen Machthaber in Thailand sind im Inneren wie im Äußeren völlig isoliert. Und dies jeweils zweifach. Sie sind isoliert von der Mehrheit des Volkes, aber auch in der Armee stellen sie nur eine starke Fraktion dar. Die Verschärfung der bewaffneten Provokationen an den Grenzen zu Laos und Kambodscha hat bereits eine eindeutige Reaktion dieser Länder und Hanoi zur Folge: die modernsten amerikanischen Waffen, die in riesigen Mengen in Indochina den Befreiungsbewegungen in den Schoß gefallen sind, tauchen in größerer Anzahl unter den im Norden und im Süden Thailands operierenden Guerilla-Einheiten auf. Die Mitgliedstaaten des ASEAN (Allianz Süd-Ost-Asiatischer Nationen), die allesamt mit ähnlichen internen Problemen zu kämpfen haben wie Thailand, sehen ihre Strategie gefährdet: sie wollten durch entspannte Außenbeziehungen zu Vietnam, Laos und Kambodscha ungestört ihrer internen Stabilisierung nachgehen.

Nun scheint alles wieder dort anzufangen, wo es vor drei Jahren geendet hat: Thailand ist auf Grund seiner Rolle im Indochina-Krieg, seiner internen Probleme und geographischen Lage logischerweise der nächste Dominostein, der fallen könnte. Die erste große Erschütterung kam von innen, von der Ultra-Rechten und den Militärs.

Z. P.



BRD:

Aufrüstung gegen den inneren Feind

I.

Daniel Cohn-Bendit meint, daß die herrschenden Kreise in der BRD heute alles versuchen um die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse einzufrieren. Nicht ohne Grund, denn in der BRD ist man nun seit Jahren dabei, die Demokratie "wehrfähig" zu machen, natürlich gestützt auf die "freiheitlich-demokratische Grundordnung". Um den deutschen Bürgern die Freiheit weiter zu sichern, wird durch Salamtaktik die Freiheit immer mehr beschnitten; oder besser ausgedrückt: Um dem deutschen Bourgeois seine Freiheit zu sichern, beschneidet man die Freiheit des Proletariats. Der Autoritarismus ist auf allen Ebenen des täglichen Lebens spürbar. Selbst der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich in diese bedenkliche Front eingereiht: durch die Annahme der Unvereinbarkeitsbeschlüsse soll jede Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) mundtot gemacht werden. Diese Tendenzen, die immer lauter als Faschisierung des Staates bezeichnet werden, sichern die drei im Bundestag vertretenen Parteien, heute die

SPD-FDP-Koalition, legalistisch ab. Jene Gesetze, die derzeit hauptsächlich gegen die linken Organisationen bzw. Personen zur Anwendung gebracht werden, werden – falls sich die Klassenauseinandersetzungen verschärfen, und alle Anzeichen sprechen dafür – in Zukunft im vollen Umfang die Arbeiterklasse treffen...

II.

Von der sozialen Zusammensetzung ihrer Aktivisten und von den Kampfzielen her unterschied sich die Streikbewegung vom August 1973 grundlegend von den Septemberstreiks 1969. In den Septemberstreiks übernahmen Betriebsräte und die IG-Metall rasch die Streikführung von den angelernten Arbeitern der Eisen- und Stahlindustrie. Vier Jahre später hatte sich der Schwerpunkt von Anfang bis Ende der Aktionen auf die angelernten Bandarbeiter der metallverarbeitenden Massenproduktion, vor allem Frauen und ausländische Arbeiter, auf diejenigen verlagert, die die größten Mehrwertmassen produzieren. Im Gegensatz zu 1969 gab es auch keine gewerk-

schaftlichen Vermittlungsmechanismen, die geeignet gewesen wären die 70.000 streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen der metallverarbeitenden und elektrotechnischen Industrie zur Raison zu bringen, denn dieser Streik war ein Schlag ins Gesicht einer vierjährigen skrupellosen Unternehmer- und Gewerkschaftspolitik. In diesem Streik ging es nicht hauptsächlich um mehr Lohn, obwohl dies bei der seinerzeitigen Inflation auch eine gewisse Rolle spielte, sondern der Streik richtete sich in erster Linie gegen die kapitalistische Arbeitsorganisation. Bei Ford in Köln kam dies am besten durch folgende Forderungen zum Ausdruck: Verlangsamung der Bandgeschwindigkeit, mehr Arbeiter an die Bänder wie bisher (die mörderischen Taktzeiten betragen 0,83 Minuten, also doppelt so schnell als z. B. bei VW), Absetzung der brutalsten Funktionsmeister (sie betätigen die Bandsteuerungsgeräte), 13. Monatsgehalt und eine Mark mehr für alle.

Mit diesen Forderungen gaben die Fordarbeiter den Arbeitskämpfen die bisher klarsten Konturen. Nur zwei Tage lang wurde der Streik vom Betriebsrat und den IG-Metall-Vertrauensleuten unterstützt, weil dann klar wurde, daß es die Streikenden mit der Wahl eines autonomen Streikkomitees ernst meinten. Somit stellten sich die "Arbeitervertreter" in eine Front mit den Ford-Managern, die schon fleißig an der gewaltsamen Zerschlagung des Streiks bastelten, weil sonst die Fließbänder von Ford auch in Düren, Saarlouis und Genk gestanden wären. Auf Anraten der IG-Metall wurde der Plan fallengelassen, das Werk von Polizeihundertschaften räumen zu lassen, aus Angst vor einer bundesweiten Solidarisierungsbewegung.

Es wurde dann nach sechstägigem Streik folgendermaßen vorgegangen: zur Zerschlagung des Streiks traten der gesamte Werkschutz, als Arbeiter verkleidete Polizisten, mittlere Manager, Mitglieder des Betriebsrates und der IG Metall-Vertrauensleutekörperleitung, zusammen mehrere hundert Mann, an. Ein Transparent mit der Aufschrift "Wir wollen arbeiten" war gemalt worden.

Es sollte der Eindruck erweckt werden, als ob es bei der Demonstration von "arbeitswilligen Deutschen" und der Demonstration der Streikenden – hauptsächlich Ausländer – während

»Wir wollten ihm nur die Einladung zum Polzeisportfest überbringen, aber dann hat er eine verdächtige Bewegung gemacht...«



des Schichtwechsels zu einer Massenschlägerei gekommen wäre; die taktisch günstig aufgestellte Polizei sollte dann dazustoßen, den Demonstrationszug der Streikenden vollends zerschlagen und das Streikkomitee verhaften.

Die Rechnung ging auf. Innerhalb weniger Minuten wurden die überraschten Streikenden brutal zusammengeschlagen – mit Schlagstöcken und Werkzeugen, die vorher an die "Arbeitswilligen" verteilt worden waren.

Dieses Modell der Zerschlagung eines Streiks wurde zu diesem Zeitpunkt auch bei John Deere/Mannheim, Klöcknerhütte/Bremen, Pierburg/Neuß, Rheinstahl/Bielefeld usw. reproduziert bzw. in immer neuen Varianten fortgesetzt.

In dieser Streikbewegung hat sich eine klare Konfrontationslinie herausgebildet: hier die Personifikation der Wirtschaftsinteressen, besser gesagt der Profitinteressen, da die Interessen der Arbeiter, ganz besonders die der wie Maschinen Schuftenden – hauptsächlich Frauen und ausländische Arbeiter –, die die schwersten und monotonsten Arbeiten verrichten. Die von diesen Arbeitern erlebte Entfremdung, die sich aus totaler Entintellektualisierung ihrer Arbeitsinhalte, aus monoton wiederholten Bewegungen einzelner Muskelgruppen oder Sinnesfunktionen und aus der Erfahrung einer totalen Kontrolle aller Lebensäußerungen durch einen perfektionierten kapitalistischen Gebrauch der Maschine zusammensetzt, kann schwerlich noch überboten werden. Und damit ist die Fabrik als Zuchthaus Wirklichkeit geworden, wo nur noch Zwang und Gewalt den Verkäufer von Arbeitskraft in Bewegung halten, weil er vom Arbeitslohn leben muß.

III.

Seit Jahren sind nun die Bonner Bundestagsparteien dabei, diese Zuchthausatmosphäre auf ganz Deutschland zu übertragen. Ihr trauriges Geschwätz von Freiheit dient nur dazu, die Freiheit weiter einzuschränken. Im Namen der Freiheit soll jede oppositionelle Bewegung niedergeknüppelt werden oder wie es heute schon der Fall ist, fliegen diejenigen, die sich nicht "anpassen" wollen, aus den Gewerkschaften, dem Öffentlichen Dienst oder aufgrund Schwarzer Listen aus den Betrieben, damit der Friedhofsrieden weiter aufrecht erhalten werden kann.

Daß die Exekutive nicht mehr nur gegen die "Chaoten" vorgeht, sondern auch gegen streikende Arbeiter, zeigen die Beispiele der Streikbewegung 1973, der heurige Druckerstreik und andere Aktionen der Werkstätigen.

In den Großbetrieben werden paramilitärische Verbände aufgestellt, die mit "Werkselfschutz" – nicht zu verwechseln mit dem legalen Werkselfschutz – bezeichnet werden, und künftig selbst mit Schußwaffen gegen streikende Arbeiter vorgehen könnten, falls die Polizei aus verschiedensten Gründen dazu nicht in der Lage ist.

Die bisher angeführten Tatsachen sind nichts anderes als der Versuch der herrschenden Kräfte der BRD, ihre Interessen innenpolitisch abzusichern. Andererseits sind sie ebenso bestrebt das "Modell Deutschland" auf ganz Europa zu übertragen. Immer frecher spielen sich die deutschen Imperialisten als Gendarm Westeuropas auf und versuchen, den westeuropäischen Regierungen ihre politischen Vorstellungen erpresserisch aufzuzwingen. Der Kapitalexport erweist sich als ein wesentliches Instrument zur Erweiterung der wirtschaftlichen und politischen Einflußgebiete. Die BRD steht

Italien:

Notwendige Opfer?

Nachdem die korrupteste bürgerliche Partei Europas und die größte kommunistische Partei Westeuropas aus den Parlamentswahlen vom 20. Juni gestärkt hervorgingen (siehe "offensiv links", Juli/August, S. 21), machte sich vielerorts Ratlosigkeit breit über die Strategie, die die KPI nun einschlagen würde. In den vergangenen Monaten sind einige Elemente der neuen Strategie der KPI sichtbar geworden.

Die KPI hält trotz Ablehnung durch die DC weiterhin am "Historischen Kompromiß" fest. Nach dieser Abfuhr wartete ihre Führung nicht mehr, bis die Christdemokraten ihr Versagen eingestanden und zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten bereit wären, sondern sie suchte den Historischen Kompromiß halt durch die Hintertür zu erreichen. Nachdem ihr von der DC die Führung in einigen Parlamentsausschüssen, die eine gewisse Kontrolle der Budgetpolitik ermöglicht, zugestanden wurde und Pietro Ingrao zum Parlamentspräsidenten gewählt (manche sagen: als Berlinguer-Kritiker kaltgestellt) wurde, unterstützten die Kommunisten durch Stimmthal-

mit ihren auswärtigen Direktinvestitionen von derzeit rund 52 Milliarden DM an dritter Stelle hinter der USA und Großbritannien. Zwar ist der Abstand zu den ausländischen Kapitalanlagen der USA und Großbritanniens noch sehr groß, doch die viel höheren Zuwachsraten des deutschen Kapitalexportes zeigen das Bestreben, diesen Abstand zu verringern. Dieser rasche Zuwachs der ausländischen Kapitalanlagen der BRD hat gegen Ende der sechziger Jahre eingesetzt – konkret seit der Rezession 1966/67 – und beweist die gesteigerten Expansionsbestrebungen des BRD-Kapitals. Nicht zufällig fällt dies mit den Anfängen der gesteigerten inneren Aufrüstung zusammen.

(wird fortgesetzt)

- w. m. -



Literatur:

- Günter Wallraff, 13 unerwünschte Reportagen. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln-Berlin, 1972.
Daniel Cohn-Bendit, Der große Bazar. Trikont Verlag. München, 1975.
Karl Heinz Roth, Die "andere" Arbeiterbewegung, Trikont Verlag, München, 1974.

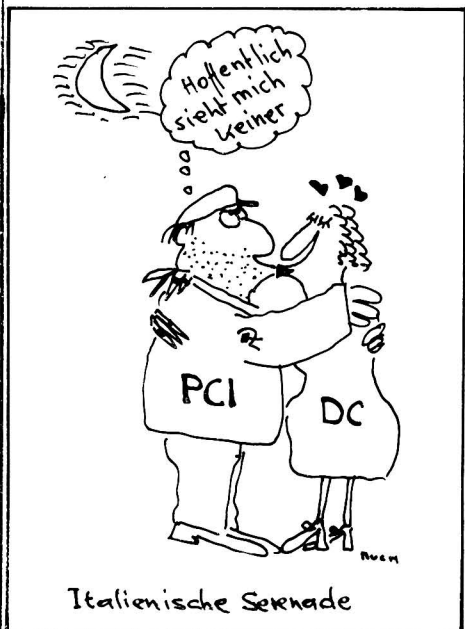
tung die DC-Minderheitsregierung. Gegenüber der Arbeiterklasse wurde dieses Verhalten mit den gewährten größeren Kontrollmöglichkeiten der Regierung verteidigt (siehe "offensiv links", September, S. 14).

Die ganze Problematik der "neuen" Politik der KPI wurde im nächsten Schritt offensichtlich: Das Sanierungsprogramm der Regierung Andreotti ist ein klassisches Sparprogramm, das auf Kosten der Arbeiterklasse die Investitionen wieder ankurbeln möchte. Preise und Tarife werden erhöht, die Arbeiter zum Maßhalten aufgefordert,



ja sogar eine der größten Errungenschaften aus den Arbeitskämpfen der späten sechziger Jahre, die gleitende Lohnskala (also das automatische Nachziehen der Löhne mit der Inflationsrate) soll angetastet werden. In einem Land mit einer derart kämpferischen Arbeiterbewegung wie der italienischen hätte die Reaktion der Gewerkschaften normalerweise so wie zur selben Zeit in Frankreich geheißen: Generalstreik. Doch die KPI hielt die Gewerkschaften zurück. Ihr Wirtschaftsexperte Eugenio Peggio forderte die Arbeiter zum Erbringen von "Opfern" auf und wurde daraufhin von Zehntausenden ausgepöfeln. Je mehr Ministerpräsident Andreotti dem KP-Chef "großen Verantwortungssinn" bescheinigte und Fiat-Boß Agnelli die "politische Noblesse" Berlinguers rühmte, desto mehr rührte sich die Basis. Die KPI mußte einen zehntägigen Feldzug zur Aufklärung der Kader, "über die Lage der Nation" durchführen. Gegen die "brutalen Sanierungsmaßnahmen der Regierung Andreotti" ("Die Presse", 23.10.) rief die extreme Linke zu Streiks auf, die, da sie von der KPI hintertrieben wurden, eine relativ geringe Beteiligung aufwiesen. Die großen Gewerkschaften haben sich dem Druck von unten bisher entzogen, der auf einen Generalstreik gegen die Notstandsmaßnahmen zielt.

"Italiens Kommunisten verwenden sich – das ist ein einmaliger Fall in der westlichen Welt – für eine Wirtschaftspolitik der Vernunft, ohne Rücksicht auf Popularität". Zum ersten Mal ist Alfons Dalma, römischer "Presse"- und ORF-Korrespondent,



außer sich vor Begeisterung über Kommunisten (12.10.). Das Problem seien nur noch "die jahrzehntelang aufgetriebenen und im Glauben an das Unmögliche gehaltenen Anhängermassen" schrieb er anderntags (23.10.). Auch andere Teile der Bourgeoisie machen die KPI auf ihre Verantwortung aufmerksam. Ugo La Malfa, der Chef der kleinen republikanischen Partei, meinte: "Wenn es der KPI nicht gelingt, den Volksmassen, deren Vertrauen sie bisher genossen hat, die Notwendigkeit der Opfer begreiflich zu machen, dann gehen wir rasch einer unhaltbaren Lage entgegen."

Aber auch die extreme Linke steckt in einer gewissen Krise. Nach den hochgeschraubten Erwartungen (man sprach von zwei Millionen Stimmen)

waren es mit 550.000 Wählern der Democrazia Proletaria (DP) zwar um 70.000 mehr als bei den letzten Regionalwahlen, doch die Gegensätze zwischen der Manifesto-Gruppe und den PdUP-Leuten brachen neu auf.

Die Entwicklung der letzten Monate hat gezeigt, daß die KPI unter dem Historischen Kompromiß vor allem die Absprache zwischen den Parteiführungen versteht. Berlinguers letzter Vorschlag, einen ständigen vorparlamentarischen Verhandlungsausschuß einzurichten, unterstreicht dies nur. Das hat mit den "Lehren aus Chile", wie sie die KPI gezogen zu haben glaubt – nämlich eine vertikale Spaltung des Volkes zu verhindern – nur mehr wenig gemeinsam.

P. L. ★

Chinesische Schattenspiele

1967 wurde die Frau von Liu Schao-tji in Peking einem johlendem Publikum vorgeführt. Rotgardisten zogen ihr das seitlich geschlitzte Kleid über, das sie auf einem Staatsbesuch in Indonesien getragen hatte, und beschuldigten sie eines verschwenderischen Lebensstils.

1976 ist es ihre Widersacherin Djiang Tjing, der der gleiche Vorwurf gilt. Wandzeitungen in der Peking-Universität beschuldigen "Frau Mao", mit "einer französischen Perücke, einer Schweizer Armbanduhr und japanischen falschen Zähnen" in der Öffentlichkeit zu erscheinen.

Aber hinter den Vorwürfen steht handfeste Politik. Der Sturz von Djiang Tjing, Wang Hung-wen, Dschang Tschun-tjiao und Yao Wen-yüän ("Schanghai-Mafia") hat wie eine Bombe eingeschlagen.

Blutrünstiger Despot Hua?

Die Quadriga, die die Kulturrevolution geführt und deren Ideale dann verraten hatte, wurde Opfer des Stils, den sie selbst in der chinesischen Politik etabliert hat: des Putschismus und der Palastintrige.

Was man selbst nach der Lin-Biao-Affäre noch nicht ganz glauben mochte, hat sich spätestens jetzt deutlich ins Bewußtsein gedrängt: die Deformation der Übergangsgesellschaft Chinas, wo nicht mehr die Sache entscheidet, sondern – diesmal sogar wörtlich zu nehmen – wer den Revolver zuerst zieht. Im April waren die Wang-Dschang-Tjiang-Yao-Leute zuerst am

Drücker, Deng Hsiao-ping (und posthum auch Dschou En-lai!) mußten damals gehen, diesmal zog die "Vierbände" (Peking Rundschau) selbst den kürzeren.

Das Bild eines blutrünstigen Despoten Hua Guo-feng, der mit dem eisernen Besen die lauterer und idealistischen linken Widersacher bei der erstbesten Gelegenheit niedermachen läßt (so las man es gelegentlich in der Presse) ist allerdings kaum haltbar. Aus der Geschichte der letzten zehn Jahre läßt sich einiges klären.

Die "Große Proletarische Kulturrevolution" von 1966 bis 1969 hat entgegen ihrem Mythos für viele Enttäuschungen gebracht. Ihren Ansprüchen konnte sie nie gerecht werden.

Gegen Bürokratie und Ökonomismus

Am Beginn der Kulturrevolution stand eine Mischung aus sozialistischer Utopie, Machtkampf und realen gesellschaftlichen Errungenschaften. Sie strebte das hochgesteckte Ziel an, gegen bürokratische Satttheit und Opportunismus anzukämpfen, eine echt proletarische Kultur, ein proletarisches Bildungswesen und eine neue Basisdemokratie zu schaffen und die Produktionsverhältnisse auf eine höhere Ebene zu stellen, in der materielle Anreize keine Rolle mehr spielen. Es sollte eine "zweite Revolution" sein, eine Fortsetzung des politischen Kampfes, der zur Errichtung der Volksrepublik im Jahr 1949 geführt hatte. Am Ende blieb aber nur noch der Machtkampf.



Comics aus der VR China zur Anti-Konfuzius-Kampagne, gezeichnet von Ku Ping-hsin und Ho Yu-chih (1974)

Als Mao Tse-tung aufrief, die Übeln der Vergangenheit auszumerzen und die bürokratischen Kader zu kritisieren, waren Liu Schao-tji und seine Anhänger praktisch schon gestürzt.

Aber zehntausende Kader aller Ebenen, die sich jahrelang bedingungslos der Partei untergeordnet hatten und von denen sich viele schon im Befreiungskrieg um die Revolution verdient gemacht hatten, waren, als sie allmählich Zielscheibe der Attacken wurden, verunsichert, enttäuscht und verbittert.

Unter den Millionen von Mittelschülern und Hochschülern, die sich ab 1966 in Gruppen Roter Garden organisieren, und durchs Land ziehen, zeichnen sich allmählich unterschiedliche Strömungen ab. In vielen Verwaltungseinheiten und Ämtern übernehmen Rotgardisten selbst die Führung. Die Armee wird von Mao Tse-tung aufgefordert, die Linke zu unterstützen.

Links und rechts ist nicht immer klar auszumachen. Die radikaleren Frak-

tionen stützen sich vor allem auf Unterprivilegierte – Gelegenheitsarbeiter, vom Land Zugezogene, abgerüstete Soldaten, die es schwer haben, Anschluß an die gleichen sozialen Begünstigungen wie die Fabrikarbeiterschaft zu bekommen. Die "Gemäßigten" sind mit der etablierten Kaderschicht und Teilen des (relativ privilegierten) städtischen Proletariats verbunden.

Radikale und Linksradikale

Im Sommer 1967 wird die "Rebellengruppe 516" für schwere Zwischenfälle in Peking verantwortlich gemacht. Djiang Tjing, bisher eng mit dieser Gruppe verbunden, distanziert sich und bezeichnet sie als Konterrevolutionäre. Der Großteil der Mitglieder der "Gruppe Kulturrevolution" beim ZK wird gesäubert. Djiang Tjing und Yao Wen-yüan haben sich jedoch rechtzeitig auf die andere Seite geschlagen. Im ganzen Land geht die Armee gegen "Linksextremisten" vor, Law-and-order-Parolen ersetzen die kämpferischen Schlagworte der Kulturrevolution. Die späten Einigungsappelle Mao Tse-tungs und Dschou En-lais verhallen. Die Armee besorgt den Rest.

Von den inhaltlichen Zielen der Kulturrevolution bleiben nur die Erfolge im Bildungswesen, die Abschaffung des Prämiensystems in der Industrie und eine Neuorientierung der Entwicklungspolitik auf eine "Industrialisierung vom Land aus" hin (ein Ansatz, der aber auch schon vorher bestanden hat).

Die Revolutionskomitees, in denen verschiedene politische Kräfte präsent waren und die das Prinzip der Basisdemokratie verwirklichen sollten, verloren bald diese Funktion. Jene "Rebellen" und Rotgardisten der Kulturrevolution, die zur Kooperation in diesen Revolutionskomitees bereit waren, wurden nach wenigen Monaten gesäubert und durch Militärs und alte Kader ersetzt. Die Komitees selbst verloren bald jede politische Macht und sind heute reine Verwaltungsorgane.

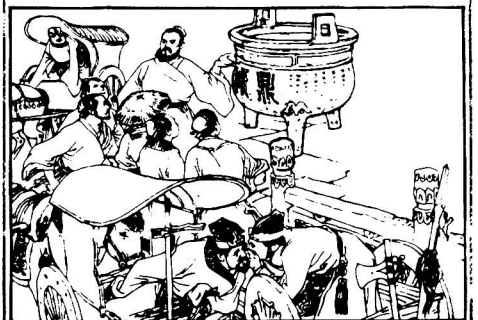
Sinnsprüche über dem Bett

Auf dem Neunten Parteitag 1969 wird Lin Biao als Nachfolger Mao Tse-tungs

im Parteistatut verankert. Der Kult um die Person Maos erreicht ihren Höhepunkt. Aber weder die chinesische Öffentlichkeit noch die Außenwelt nehmen zunächst wahr, daß es hinter der Fassade neuerlich gärt. Hergang und Hintergründe des Sturzes Lin Biaos sind trotz einiger offizieller Erläuterungen und der Veröffentlichung eines angeblichen Putschplanes weiterhin höchst unklar. Neben diesem Putschplan werden als Belege für die Verschwörung Lin Biaos nur Sinnsprüche über seinem Bett (!) und Notizen in "geheimen Tagebüchern" herangezogen. Die Widersprüche in den offiziellen Darstellungen sind zu deutlich.

Tatsache scheint nur zu sein, daß Lin Biao Machtambitionen zeigte und Mao Tse-tung auf verschiedene Weise ausschalten und als "Staatsoberrhaupt" beiseite schieben wollte, und daß seine Familie und einige hohe Militärs bei einem Fluzeugabsturz über der Mongolei ums Leben kamen. Die mongolischen Behörden haben diesen Absturz bestätigt. Ob Lin Biao selbst dabei war, wird allerdings bezweifelt. Die These, daß er von Konkurrenten um die Macht (Djiang Tjing und Co. ?) beseitigt wurde, läuft auch in China als Gerücht und hat einiges für sich.

Politisch wurde der Sturz Lin Biaos nie aufgearbeitet. Die widersprüchlichen Vorwürfe reichen von linkem Utopismus über Revisionismus zu Restaurierung des Kapitalismus.



Die Referate von Dschou En-lai und Wang Hung-wen auf dem Zehnten Parteitag im August 1973 markieren den Beginn einer ausgedehnten Kampagne zur Kritik an Lin Biao, die aber im Formalen hängen bleibt. Gleichzeitig ruft Wang Hung-wen auf, "gegen den Strom zu schwimmen", vor politischen und persönlichen Nachteilen nicht zurückzuschrecken, wenn man Kritik üben will.



Streiks und Bürgerkrieg

Aber nicht zum ersten Mal dreht sich eine solche Kampagne gegen die, die sie inszeniert haben. Als Mao Tse-tung im April 1974 im ZK-Rundschreiben Nr. 18 einen Freibrief für kritische Wandzeitungen ausspricht, gewinnt die Bewegung an Dynamik.

Viele, die in der Schlußphase der Kulturrevolution durch die Armee aus den Positionen verdrängt worden waren, nutzten die Kritik an Lin Biao, um volle Rehabilitierung zu verlängern und den Machtmißbrauch der Lin-Biao-Zeit anzuprangern. Denn Angehörige der ehemaligen radikalen Rotgardisten-Fraktionen sind immer noch inhaftiert und politisch geächtet.

Die in Amt und Würden verankerten Kader selbst sind zurückhaltend. Niemand will sich die Finger verbrennen. Aber die Kampagne gegen Lin Biao bietet Gelegenheit, grundsätzlich Kritik zu üben. Da die Repression sofort einsetzt, sind gewaltsame Konflikte und eine Behinderung der Produktion unvermeidlich. "Einige Leute ... spielen weiterhin einzelne Regionen und Sparten der Produktion gegeneinander aus, organisieren Fraktionen und betreiben einen Bürgerkrieg ((!)) ... es gibt auch Leute, die den Unsinn verbreiten, man solle nicht für die falsche Linie produzieren; sie propagieren öffentlich Arbeitsniederlegungen und Produktionsstillstand..." (ZK-Rundschreiben Nr. 21, 1. 7. 74)



In Tschengdu, der Hauptstadt von Sitschuan, wird das Revolutionskomitee der Provinz niedergebrannt, in Djianghsi läßt die örtliche Verwaltung LKW-Ladungen mit Steinen und Eisenstangen gegen Demonstranten einsetzen, Wandzeitungen in Peking berichten von zahlreichen Todesopfern.

Misslungene Generalprobe

Es geht nicht mehr um Deng Hsiao-ping, der gerade rehabilitiert wurde,

oder andere Personen, die in der Kulturrevolution Angriffsziele geworden waren. Die Kritik richtet sich nun gegen die Gruppe um Djiang Tjing, Wang Hung-wen, Dschang Tschun-tjiao und Yao Wen-yüan, die sich durch den Opportunismus in der Kulturrevolution und den Verrat ihrer Prinzipien (und Anhänger) an die Parteispitze geschoben hatten und letztlich selbst zum Inbild machthungriger Kader geworden sind, die beginnen, über die Volksmassen hinweg um Posten und Nachfolge im "Palast" zu intrigieren.

Nach dem Tod Dschou En-lais sind die Mehrheitsverhältnisse im Politbüro offensichtlich günstig: Deng Hsiao-ping wird neuerlich gestürzt. Aber die Generalprobe für den Tod Maos gelingt nur teilweise. Der Widerstand an der Basis kommt offen zum Ausbruch und wird wieder durch die Exekutive niedergehalten.

Wo hatte die Wang-Dschang-Djiang-Yao-Gruppe nun ihre Basis? In den Massen kaum mehr. Am ehesten noch bei jenen Kadern, die wie sie selbst durch die Kulturrevolution ihre Positionen erlangt hatten, in den Presse- und Propagandastellen, und nicht zuletzt scheint Mao Tse-tung selbst um die Einheit der Partei willen diese Fraktion gestützt zu haben.

Ob Mao allerdings noch Herr der Situation war, ist zweifelhaft. Ende 1975 mußten die engsten Mitarbeiter des greisen und kränklichen Parteivorsitzenden aus seiner Nähe verschwinden. Djiang Tjing selbst erhielt - wie wir heute wissen - eine fast vollständige Kontrolle über die Kontakte Mao Tse-tungs mit der Außenwelt. Seine letzten überlieferten Zitate (über den Sturz Deng Hsiao-pings) sind möglicherweise entstellt oder gefälscht.

Sozialistische Opposition

Wo bleiben die idealistischen Ziele, die man mit Djiang Tjing, Yao Wen-yüan und Co. (zum Teil zu Unrecht) assoziiert hat, die Abschaffung der Einkommensunterschiede, die proletarische Kulturpolitik, das neue Bildungswesen? Hier wird man sehr genau unterscheiden müssen zwischen tatsächlichen Errungenschaften und einem "Links"-Utopismus, der von der historischen Entwicklung und dem Bewußtsein der Volksmassen abgeho-

ben war und nur als strategische Waffe im Palastkampf diente. Die Erfolge der Bildungspolitik illustrieren das erstere, der sterile Kultureintopf ist ein Beispiel für den zweiten Fall. Zwischen dieser verwaschenen Utopie (die in ihrer Funktion wieder reaktionär ist!) und dem sowjetischen Weg muß China seine Linie finden.



Ob Hua Guo-feng diesen Kurs zu führen vermag, scheint unsicher. Von ihm sind keine theoretischen Aussagen bekannt und er ist von einflußreichen Provinzgouverneuren und Militärkommandanten abhängig. Die Mär vom allmächtigen Alleinherrscher Hua ist unbegründet. Aber die sozialistische Opposition Chinas, die zuletzt durch die Machtambitionen der Radikalen zum taktischen Verbündeten der Dschou-Deng-Linie geworden ist, wird ihren Spielraum wahrscheinlich ausnützen können. Liberalisierungstendenzen in der Kulturpolitik haben sich schon angekündigt.

Die neue Parteiführung wird man danach beurteilen müssen, wieweit es ihr gelingt, aus den Fehlern des Bürokratismus vor der Kulturrevolution zu lernen und den sozialistischen Aufbau des Landes mit einer Sicherung der materiellen Basis zu verbinden.

- ple -



A r c h i v

Seit dem 16. November ist das Archiv der föj-BfS in der Porzellan-gasse 33a, Tel. 34 67 145, an Werktagen täglich von 14-20 Uhr, an Samstagen von 8-14 Uhr geöffnet. Über 70 vorwiegend linke Zeitschriften aus dem In- und Ausland warten auf Lesehungrige!!!

e r ö f f n e t !

200 Jahre USA:

Eisschränke für Eskimos

Die 200jährige Geschichte der Vereinigten Staaten ist auch eine Geschichte der Ausrottung und Vernichtung. Ein Jahrhundert lang Kampf gegen die indianischen Eingeborenen war mit Voraussetzung für die Etablierung der imperialistischen Großmacht. Der Völkermord des 19. Jahrhunderts wird im 20. Jahrhundert abgeschlossen: in Reservaten, Slums und als Sozialfälle leben jene Eingeborenen, die nicht gerade als Touristenattraktion vor Reisegruppen auftanzen. Die einst 300.000 polynesischen Ureinwohner von Hawaii sind auf 7000 geschrumpft, von denen die Hälfte im Gefängnis sitzt und die andere Hälfte von der wuchernden Bodenspekulation in Blechhütten-siedlungen gedrängt wurde. Und eine dritte Gruppe von Ureinwohner ist gerade dabei, vernichtet zu werden: die Indianer und Eskimos Alaskas.



Ihre Sprache kannte mehr als hundert Ausdrücke für die verschiedenen Schneearten, doch das Wort "Krieg" fehlte in ihrem Vokabular. Die Jagd auf Felle, Wale und Gold im 19. Jahrhundert war auch eine Jagd auf die Eingeborenen, die um die Hälfte dezimiert wurden. Im Zweiten Weltkrieg und im Koreakrieg baute die US-Army Alaska zu einem großen Stützpunkt aus und bediente sich der Einheimischen als Arbeitskräfte, die in die Slums der weißen Städte zogen. Als vor acht Jahren an der Nordküste Alaskas riesige Ölvorkommen entdeckt wurden, entbrannte ein langer Kampf zwischen den Ölgesellschaften und den Naturschützern. Es ging um die befürchteten Schäden, die der Bau der Pipelines an Fichten, Weidenbüschen, Grizzlybären und Elchen anrichten könnte. Von den Menschen in jenem nördlichsten Bundesstaat der USA sprach niemand.

Mittlerweile haben sich die Mordfälle verdoppelt, die Selbstmorde verdreifacht, der Alkoholismus ist weit verbreitet. Im Sommer überschwemmen amerikanische Touristen die Gegend, machen Jagdausflüge und vernichten das Wild, das den Eingeborenen Nahrung bedeutet. Die Eskimos ziehen in die Städte, in denen es kein Trinkwasser und keine Kanalisation gibt, und verdienen sich als Hilfsarbeiter, in Spielhöhlen und Bordellen. "Die bedeutendste wirtschaftlich-kulturelle Errungenschaft der Ölleitung bezüglich der Eingeborenen", meinte ein Ethnologe, "besteht in der großen Anzahl von Eskimofrauen und -mädchen, die der Ölrausch zu Huren macht". Die Entschädigungssummen, die die mit einer kapitalistischen Geldwirtschaft kaum vertrauten Eskimos, für enteignetes Land erhalten, werden ihnen von skrupellosen Händlern sofort wie-



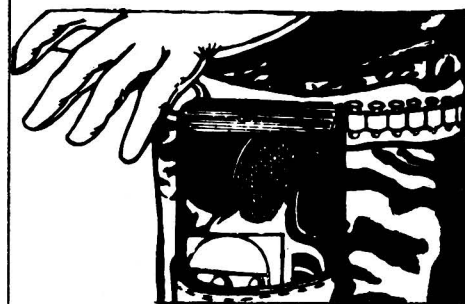
der aus den Taschen gezogen, die ihnen neben dem allgegenwärtigen Alkohol Cadillacs verkaufen, die auf den vereisten, verschneiten und verschlammten Strassen unbrauchbar sind, oder modische blue jeans, die auch gegen den Sommer in der Arktis keinen Schutz bieten. Einer Welle von Geisteskrankheiten, die unter den Eskimos ausgebrochen ist, stehen die Psychiater hilflos gegenüber und studieren die Arbeitsmethoden der Schamanen, der indianischen Priester, die zumindest Kontakt zu ihren Patienten gefunden haben.

Der amerikanische Kapitalismus hat es geschafft, den Witz über den Vertreter, der den Eskimos Eisschränke verkauft, Wirklichkeit werden zu lassen.

P. L.



BOOK POWER



HEINZ KOLISCH
LIEBIGGASSE 9

43 21 21

1010 WIEN

Berufsverbot:

„Kein akademisches Verhalten“

Mathematik und Physik waren die ersten Studienrichtungen an der Universität Wien, wo die Zielrichtung der Hochschulreform – Reglementierung und Verschulung der Hochschule zwecks besserer Anpassung an Kapitalinteressen – in praktische Schritte umgesetzt wurden. Im Rahmen der ersten Studienverschärfungen beschlossen die Mathematikstudenten auf einer Hörerversammlung, diesen mit wirksamen Mitteln (Streik, Institutsbesetzung) entgegenzutreten. Die Hochschulbürokratie antwortete darauf mit einer Kriminalisierung des Streikkomitees.

Michael GROSSER, damals unorganisierter Vorsitzender der Studienrichtungsververtretung Mathematik und vier weitere Kollegen wurden bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Anklagepunkte: Böswillige Sachbeschädigung (= Benutzen eines Filzstiftes des Overheadprojektors) und Versuch eines tätlichen Angriffs (= Der damalige Professor GROSSER fühlt sich gerempelt, als er wutentbrannt den überfüllten Hörsaal verlassen wollte.). Weiters sah Prof. GROSSER in der Aktion nur ein Ergebnis "subversiver" "radikaler" "Störenfriede". (Zitiert aus der Anklageschrift). Derartige Einschüchterungsversuche waren damals üblich – auch

die Studienrichtungsvertreter Soziologie sollten anlässlich ihres Streiks vor den Kadi geschleppt werden. Die Staatsanwaltschaft stellte des Verfahrens mangels strafbarer Tatbestände ein.

Trotz dieser formalen Rehabilitation folgt nun ein folgenschweres Nachspiel: Kollege GROSSER schloß sein Studium mit Auszeichnung ab und stellte den Antrag auf eine Promotion "sub auspiciis". Bei "sub auspiciis" wird dem Antragsteller nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten eine Assistentenstelle garantiert. Unter Bezugnahme auf die damaligen "Vorfälle" wurde Michael GROSSER dieses s. a. vom Akademischen Senat aberkannt. Er braucht nur mehr einen Antrag zu stellen, so wird ihm bescheidmäßig bestätigt, daß Studentenvertreter, die sich an Beschlüsse von Hörerversammlungen halten, sich politisch betätigen und Maßnahmen der Hochschulbürokratie in Frage stellen, nicht auszeichnungswürdig sind und auf der Universität nichts zu suchen haben – schon gar nicht als Assistenten.

Um zu verhindern, daß sich auch bei uns ein ähnliches Klima wie in der BRD einstellt, muß solchen politischen Disziplinierungsmaßnahmen kollektiv begegnet werden. Deshalb haben eine Vielzahl von Studien-

Soziologie:

Das Kapital und die Freiheit der Wissenschaft

Österreichs Soziologen, stets bemüht, ihre Harmlosigkeit und ihren Nutzen für die Gesellschaft zur Schau zu stellen, werden momentan von eben dieser äußerst frustriert: Da läuft eine Kampagne der Bundeswirtschaftskammer gegen die Soziologie und niemand ist bereit, allzu sehr für letzte Partei zu ergreifen.

Was ist passiert? Im Sommer dieses Jahres sandte das Ministerium einen Entwurf für eine Verlängerung des Studienversuchs Soziologie aus, wie in Österreich üblich, an die Sozialpartner. Reaktion der Unternehmer: '... brauch' ma net.' Aber mehr

UNIVERSITÄT WIEN
UNIVERSITÄTSDIREKTION
Dr. Karl Lueger-Ring 1
A-1014 Wien

Gz. 55/11 - 1975/76


Wien, am 14.10.1976

Herrn
Michael GROSSER
Grünangerg. 2/17
1010 Wien

Betr.: Ansuchen um Zulassung zur Promotion unter den Auspizien des Bundespräsidenten

Der Akademische Senat der Universität Wien hat in seiner Sitzung am 13.10.1976 beschlossen, Ihr oa. Ansuchen dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung nicht vorzulegen, da nicht alle von § 2 des Bundesgesetzes über die Verleihung des Doktorates unter den Auspizien des Bundespräsidenten vom 5. März 1952, BGBl.Nr. 58/1952 i.d.g.F. geforderten Voraussetzungen erfüllt worden sind. § 2 Abs. 1 lit.f leg.cit. fordert, daß der Bewerber sich durch sein Verhalten sowohl an der Hochschule als auch außerhalb derselben als auszeichnungswürdig erwiesen hat. Der Akademische Senat ist zu der Auffassung gelangt, daß diese Voraussetzung im Hinblick auf Ihre Rolle bei den Vorfällen im Mathematischen Institut im Studienjahr 1974/75 nicht gegeben ist.

Gem. § 2a leg.cit. ist ein wegen Fehlens der Voraussetzungen ablehnender Beschluß der obersten akademischen Behörde nur auf Antrag des Bewerbers mit Bescheid auszusprechen. Sie werden daher ersucht, der Universitätsdirektion mitzuteilen, ob Sie eine bescheidmäßige Ausfertigung des genannten Beschlusses wünschen.

Der Rektor


richtungsververtretungen, Hörerversammlungen, der Haupt- und der Zentralausschuß der Österreichischen Hochschülerschaft in einer Resolution die Zurücknahme dieses Senatsbeschlusses verlangt.

Sie glauben, uns mit politischen Regressionen einschüchtern zu können, im Gegenteil...

M. P.



beim schwächsten Glied: dem Salzburger Ordinarius Muhammed Rassem – ein Bayer, der, so munkelt man, deswegen zum Islam übergetreten ist, weil ihm die katholische Kirche zu links ist – wird keiner eine Träne nachweinen) und die Reform der sozialwissenschaftlichen Fakultät soll eine radikale Kürzung der Soziologie mit sich bringen; die Ökonomen müssen statt dessen, so die "Wirtschaft", Fremdsprachen pauken. Die Phil.Fak. Soziologie wird noch einmal um zwei Jahre verlängert, wahrscheinlich um dann mit den SOWI-Fak Soziologen auf ein Interfakultäres Institut verbannt zu werden. Auch die Gegenwehr von vielen um ihre Pfründe fürchtenden Professoren und Assistenten wird da nichts bringen.

Ein Symptom

Es wäre falsch, aus all dem zu folgern, die Soziologie wäre in irgendeiner Form gefährlich für diejenigen, die ihre Abschaffung so eifrig betreiben – im Gegenteil, ist doch ihre Forschungspraxis genauso wie ihr Begriffssystem geprägt von einer unbewußten Bejahung der herrschenden Verhältnisse. Auch im Protestbrief der (geschnittenen) Soziologen wird bloß bejammert, daß die "Verwertbarkeit" der Soziologie zu kurz gekommen sei, nicht aber, daß sie ihre Reduzierung genau denselben Idealen verdankt, mit denen sie Ende der sechziger Jahre in Österreich größere Breitenwirkung erreichte: Als System des Krisenmanagement, als das sie sich in Österreich nicht hat durchsetzen können.

Wichtiger als das Schicksal einer bürgerlichen Einzelwissenschaft ist aber die Tatsache, daß die Umstrukturierung der Hochschulen nach Kapitalinteressen in Österreich noch lange nicht beendet ist. Als die Linken die "technokratische Hochschulreform" bejammerten, da betraf diese hauptsächlich die technischen Studienrichtungen; in dem Augenblick, wo die traditionell stärkste Bastion einer noch ansatzweise vorhandenen Reflexionsfreiheit, die Philosophische Fakultät, real angegriffen und durch die Diplomordnungen in eine Ausbildungsfabrik verwandelt wird, unterscheidet sich das unpolitische bis sektiererische Resignieren vor der Schwierigkeit eines gemeinsamen Vorgehens nicht mehr

sehr vom unpolitischen "normalen Studenten". Während Teile der "Linken" (KSV) Widerstand überhaupt blockieren, andere (MLS) ihn zu einem äußerlichen Ritual des Scheiterns umfunktioniert haben, flüchten sich immer mehr in eine Art "neue Innerlichkeit". Der von uns festgestellte und unterstützte Drang zur undogmatischen Linken droht stecken-zubleiben, wenn es nicht gelingt, parallel zur Aufhebung der Isolation am Arbeitsplatz, an den Instituten, ein übergreifendes Selbstverständnis zu entwickeln.

Zur weiteren Strategie an den Hochschulen

Es wäre unehrlich zu sagen, die Strategiefindung unter den Basisgruppen und das, was die Gemeinsamkeit unter ihnen ausmacht, sei über die Ablehnung des Dogmatismus und seiner Art, Politik zu "machen", hinaus. Auch hat sich gezeigt, daß übertriebene Erwartungen betreffs Ausbreitung eines Politikverständnisses dieser Art zurückgenommen werden müssen. Wo der Anspruch gestellt wurde, die Politik autonom zu bestimmen, war immer schon ein gewisses Maß politischer Erfahrung vorhanden – oder es stellten sich Enttäuschungen ein. Es soll hier nicht weiter auf das Problem eingegangen werden, wie die Wahlerfolge usw. zu beurteilen sind, ob wir die Studenten 'angelinkst' haben oder ob wir uns bloß täuschen. Klar ist, daß diese Erfolge rückgängig gemacht werden, wenn es nicht gelingt, sie in zwei Richtungen abzu-

sichern: Einerseits in Hinblick auf die Berufsfelder, andererseits aber auch in Hinblick auf die Herstellung eines präziseren politischen Selbstverständnisses. Die Sympathie und "Erbauung" am Auftreten von Linken, die nicht grenzenlos realitätsblind und trotzdem dem Gegner der herrschenden Verhältnisse sind, bedeutet noch nicht, sich über irgend etwas im klaren zu sein. Es spiegelt höchstens die Krise bürgerlicher Integrationsideologien wider (Stand doch tatsächlich unlängst auf einem Burschenschaftlerflugblatt, daß sie bei Most und Speck "die Isolation ... der Individuen ... aufheben wollen" – vielleicht sogar "tendenziell" ???)

Es ist allerdings schwierig, zu diesem gemeinsamen Selbstverständnis zu kommen. Es ist jedem klar, daß es sich nicht aus der bloßen Aufarbeitung von Erfahrungen zwischen den Instituten ergibt. Es ist auch nicht die Summe der Interessen und Bedürfnisse einzelner kollektiv privatisierender Zirkel. Es kann sich nur aus einem kollektiv erarbeiteten Wissen ergeben, wie Bewußtsein und Handlungen der Angehörigen der Institution Universität von Kapital bestimmt werden – um so Richtlinien für das unmittelbare politische Handeln an der Universität zu gewinnen, das sich den Anspruch stellt, gegen das Kapital gerichtet zu sein. Diese Anstrengung zu unternehmen, bedarf einer Motivation; diese Motivation könnte unter Umständen die kollektive Selbstdarstellung bei den Hochschülerschaftswahlen 1977 sein.

-fjn-



Bestellkarte für „offensiv links“

Ich möchte gerne "offensiv links" für ein Jahr abonnieren

NAME

ADRESSE

BERUF ALTER

Der Preis beträgt für das Inland: S 50, – (inkl. Porto)
für das Ausland: S 50, – (exkl. Porto)

Bitte ausschneiden und an die Adresse:

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 schicken.



2. bundeskongreß



der föj-Bewegung für Sozialismus

in Wien vom 30. Oktober bis 1. November '76



Die Diskussion geht weiter

Schon von vornherein stand fest, daß der Bundeskongreß kein Abschluß einer Diskussion, sondern einen neuen Akzent in der laufenden Debatte darstellen sollte.

Die Vorbereitung fand ihren Niederschlag in den vorgelegten Arbeitsunterlagen:

- o Zur wirtschaftlichen Situation in Österreich und der Politik der SPÖ
- o Probleme des Internationalismus
- o Zur Situation der föj-Bewegung für Sozialismus
Politische Bildung in der Organisation
Forum im Club Links
Thesen zur Öffentlichkeitsarbeit
Aktuelle Probleme der Entscheidungsstruktur
Leistungsstruktur

Da diese Vorbereitung von zu wenigen getragen wurde, nahmen viele erstmals am Bundeskongreß die Möglichkeit wahr, zu diesen Themen Stellung zu beziehen. Dementspre-

chend blieben sehr viele Fragen offen und bilden so den Gegenstand weiterführender Arbeitskreise, wie z. B. die Stellung zum sogenannten "Eurokommunismus" im Rahmen der "Internationalismus"-Diskussion.

Die Debatte um Organisationsfragen und die Zielsetzungen unserer Politik wurde verständlicherweise durch die Erfahrungen mit den verschiedenen "Basisinitiativen" (besonders der Arena) beeinflusst. Trotz der Ablehnung karikaturhafter Kadervorstellungen sind wir gezwungen, uns hauptsächlich an die Teile der Arbeiter und Angestellten zu wenden, die sich be-

reits in irgendeiner Form aktiv mit ihren Problemen auseinandersetzen. Wir haben in unseren Organisations- bzw. Aktionsformen an den Bedingungen und Bedürfnissen dieser Teile der Bevölkerung, denen wir auch selbst angehören, anzusetzen. Innerorganisatorisch wird versucht werden, die mangelhafte interne Kommunikation, die es Genossen mit wenig Freizeit oft unmöglich macht, am internen Entscheidungsprozeß mitzuwirken, zu verbessern: Dies soll durch breitere Auffächerung der Verantwortlichkeiten in den verschiedensten Bereichen, einer verstärkten schriftlichen Information (Diskussionsmaterialien etc.) und der verstärkten mündlichen Information durch die Bereichsverantwortlichkeit gewährleistet werden. Dem entspricht auch die Konzeption der neu gewählten Leitung, wobei die "Bereichsverantwortlichen" als Vertreter von Arbeitsgruppen verstanden werden.

Der Bundeskongreß hat also im wesentlichen keine "abschließenden Resultate", sondern Gewichtungen für die weitere Diskussion gebracht. Eine Tatsache, die allen klar ist, für die sich linke Politik und antikapitalistische Strategie nicht im litaneimäßigen Hersagen von Leerformeln erschöpft.



„offensiv links“ FRAGEBOGEN

Dieser Fragebogen soll der Redaktion helfen, ein besseres Bild von den "offensiv links"-Lesern zu erhalten, um dadurch die Zeitung besser gestalten zu können. Wir möchten daher alle Leser dringend ersuchen, die Fragen durch ankreuzen zu beantworten und den zusammengehefteten Fragebogen möglichst bald an uns zu schicken.

1. Angabe des Bundeslandes, in dem der Wohnort liegt
.....
2. männlich weiblich
3. Altersangabe
4. Angabe des Berufes und der Branche (also z. B. nicht "Angestellter", sondern "Versicherungskaufmann"; bei Studenten Studienrichtung)
.....
5. Der Betrieb, in dem ich arbeite, hat
 a) bis 10 Beschäftigte
 b) bis 50 Beschäftigte
 c) bis 100 Beschäftigte
 d) über 100 Beschäftigte
6. Ich bin Mitglied
 a) der Bewegung für Sozialismus (FÖJ)
 b) der Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftliche Einheit
 c) anderer politischer Organisationen und zwar:
.....
 d) keiner politischen Organisation
7. Ich besuchte bisher den Club Links
 a) häufig (mehr als 10-mal im Jahr)
 b) gelegentlich
 c) nie
8. Ich bin am Badeplatz der BfS(FÖJ) am Neufeldersee
 a) häufig (mehr als 5-mal im Jahr)
 b) gelegentlich
 c) nie
9. Ich nehme an politischen Veranstaltungen teil (Informations-Diskussionsveranstaltungen, Demonstrationen usw.)
 a) häufig b) selten c) nie
10. Ich habe Interesse an Arbeitskreisen
 a) ja (an welchen Themen?)
.....
 b) nein
11. Ich lese regelmäßig Tageszeitungen
 a) ja (welche?)
.....
 b) nein, nur gelegentlich
12. Ich lese regelmäßig Wochen- Monatszeitungen, Magazine
 a) ja (welche?)
.....
 b) nein, nur selten
13. Ich lese die "alternative" (Zeitschrift der GE)
 a) regelmäßig b) selten c) nie
14. Ich lese das "Wiener Tagebuch"
 a) regelmäßig b) selten c) nie
15. Ich lese andere linke Zeitschriften
 a) regelmäßig (welche?)
.....
 b) selten
 c) nie
16. Ich bekomme die "aktuelle information" der BfS
 a) ja b) nein
17. Ich lese "offensiv links"
 a) regelmäßig b) selten
18. Ich lese "offensiv links" seit
 a) der 1. Nummer (März 1974)
 b) einem späteren Zeitpunkt (seit wann ungefähr?)
19. Ich bekomme "offensiv links"
 a) im Abonnement
 b) von Arbeitskollegen oder Studienkollegen
 c) von Freunden, Bekannten, die keine Arbeitskollegen sind
 d) durch anderes (wodurch?)
20. Ich lese in "offensiv links" (Mehrfachangaben möglich)
 a) alles
 b) meist nur einzelne Artikel und zwar
 o eher innenpolitische Themen
 o eher außenpolitische Themen
 o eher gesellschaftspolitische Themen
 o richtet sich nach interessantem Titel
21. Ich kam mit "offensiv links" in Kontakt
 a) durch Bekannte am Arbeitsplatz, Universität
 b) durch Bekannte außerhalb des Arbeitsplatzes, der Uni
 c) Straßenverkauf bzw. Büchertisch
 d) durch die Bewegung für Sozialismus (FÖJ)
 e) durch Werbeaussendungen
 f) Sonstiges (was?)

22. Ich gebe "offensiv links" weiter (Mehrfachnennung möglich)
- o a) an Arbeits-, Studienkollegen
 - o b) Freunde, Bekannte, Familienmitglieder
 - o c) gebe o.l. nicht weiter (warum ?)
-
23. Der Stil, in dem "offensiv links" geschrieben wird ist
- o a) gut lesbar
 - o b) zu kompliziert
 - o c) zu primitiv
24. Die graphische Gestaltung von "offensiv links"
- a) o übersichtlich o nicht übersichtlich
 - b) o genügend Karikaturen o zuwenig Karikaturen
 - o zuviel Karikaturen
25. Ich lese "offensiv links" weil ich mir erwarte
- o a) eine Gegen- bzw. Zusatzinformation zu anderen Medien
 - o b) Informationen zu bestimmten Sachgebieten (welche ?)
-
- o c) die Stellungnahme der BfS(FÖJ) zu bestimmten Themen
 - o d) theoretische Strategieartikel
 - o e) anderes (was ?)
- (Mehrfachnennungen möglich)
26. Theoretische Beiträge werden in der von der Bewegung für Sozialismus herausgegebenen unregelmäßig erscheinenden Zeitschrift "aspekte" veröffentlicht.
- o a) Ich habe schon mehrere Nummern der "aspekte" gelesen
 - o b) Ich habe weniger als 3 Nummern der "aspekte" gelesen
 - o c) Ich kenne die "aspekte", habe sie aber noch nie gelesen
 - o d) Ich habe bisher noch nie von den "aspekten" gehört
27. "offensiv links" ist kein Zentralorgan. Ich finde das
- o a) gut
 - o b) es sollten mehr Stellungnahmen der BfS abgedruckt werden
 - o c) "offensiv links" sollte Zentralorgan der BfS sein
 - o d) ist mir egal
28. Folgende Kritik, Anmerkungen möchte ich noch zu "offensiv links" machen.

----- hier falten -----

Postgebühr beim Empfänger einheben

An den Vertrieb von
 "offensiv links"
 Belvedereg. 10
1040 Wien

DISKUSSION-AKTION-KOMMUNIKATION

CLUB LINKS

1020 Wien, Odeongasse 1 (Ecke Große Mohrengasse), Telefon: 24 70 402

26.11. ARENA - DISKUSSION
Freitag
Meinungsverschiedenheiten in und um die Arena

Die Arbeitsgruppe
27.11. LEHRLINGSTHEATER
Samstag
des Dramatischen Zentrums berichtet

3.12. UNGARN 56 Revolution oder
Freitag Konterrevolution?
Referent: Zsolt Patka siehe auch OFFENSIV LINKS Nr. 28

4.12. 16 Uhr für Kinder
Samstag abends für alle **KRAMPUSFEST**

10.12. MITBESTIMMUNG IN VERSICHERUNGS-
Freitag **ANSTALTEN** Diskussion mit Betriebsräten

11.12. LEHRLINGSFEST
Samstag

17.12. Biermann-Abend
Freitag
anschl. Diskussion mit fortschrittlichen Künstlern

18.12. Chansonabend
Samstag

Geöffnet ab 19 Uhr * Diskussions- und Vortragsbeginn 19.30 Uhr